

[Jugendarbeitslosigkeit]

M 01 "... keine Chance zu bekommen"



(Frankfurter Rundschau. 16.09.99.)

M 02 "Habense nicht 'ne Lehrstelle?"

Peter ist 16 Jahre alt, ein durchschnittlicher Schüler an einer Realschule und lebt in einer strukturschwachen Region. Er sucht seit Monaten eine Lehrstelle im Handwerk, hat über dreißig Bewerbungen geschrieben und bis jetzt fast nur Absagen erhalten.

Bei diesem Vorstellungsgespräch ist Peter nur einer von vielen Bewerbern und hat kaum Aussicht zu weiteren Vorstellungsgesprächen eingeladen zu werden:



(Karikatur aus: Schneider, Peter J. u. Manfred Zindel: Unterrichtsmodelle für den sozialkundlich-politischen Unterricht. Darmstadt 1980, S. 46.)

Arbeitsaufträge (M01+M02)

1. Beschreibt und interpretiert die Karikatur.
2. Wie seht ihr das Problem des Ausbildungsplatzsuchenden?
3. Was bedeutet eine Ausbildung -, wie wichtig ist eine Ausbildung für eure persönliche Zukunft?
4. Wie schätzt ihr eure Chancen ein, eine Lehrstelle zu bekommen?
5. Wer kann/soll etwas tun, um die Ausbildungsplatzsituation der Jugendlichen zu verbessern?

M 03 Muster-Arbeitsplan

1. Wie sieht die Situation auf dem Ausbildungsmarkt aus?
 - Sichtung und Interpretation statistischer Materialien
 - Darstellung verschiedener Beurteilungen der Lage auf dem Ausbildungsmarkt
2. Welche Auswirkungen hat die Situation auf dem Ausbildungsmarkt?
 - Auswirkungen auf persönlicher Ebene
 - Bedeutung für die Einstellung und Sorgen Jugendlicher
 - Gesellschaftliche Auswirkungen
3. Was macht der Staat, um mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen?
4. Was wird speziell in NRW unternommen?
5. Was kann ein Ausbildungsplatzsuchender vom GG erwarten?
6. Sollen Unternehmen, die nicht ausbilden, eine Ausbildungsplatzabgabe zahlen?
7. Gibt es weitere Ausbildungsmodelle z.B. im Ausland?

M 04 Dokumentation Mauerfall

Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt (Deutschland)					
Berichtsjahr	Bestand an unbesetzten Ausbildungsstellen	Gemeldete Ausbildungsstellen	Bestand an noch nicht vermittelten Bewerbern	Gemeldete Bewerber	
1991/1992	126.610	830.939	12.975	541.793	
1992/1993	85.737	772.717	17.759	569.722	
1993/1994	54.152	683.462	18.970	626.327	
1994/1995	44.214	632.940	24.962	670.075	
1995/1996	34.947	609.132	38.458	716.792	
1996/1997	25.864	607.415	47.421	772.418	
1997/1998	23.404	604.290	35.675	796.566	
1998/1999	23.439	629.251	29.365	802.648	
1999/2000	25.690	625.442	23.642	770.348	

Info:

Berichtsjahr: 01.10 - 30.09

Bestand an unbesetzten Ausbildungsstellen = "Summe" aller am 30.09. beim Arbeitsamt als unbesetzt gemeldete Ausbildungsstellen.

Gemeldete Ausbildungsstellen = "Summe" aller vom 01.10. bis 30.09. beim Arbeitsamt gemeldeten Ausbildungsstellen.

Bestand an noch nicht vermittelten Bewerbern = "Summe" aller am 30.09. beim Arbeitsamt gemeldeten Bewerber ohne Ausbildungsstelle.

Gemeldete Bewerber = "Summe" aller vom 01.10. bis 30.09. beim Arbeitsamt gemeldete Bewerber für eine Ausbildungsstelle.

Weder die Unternehmen noch die Ausbildungsplatzsuchenden sind verpflichtet (unbesetzte) Ausbildungsstellen bzw. ihre Ausbildungsplatzsuche dem Arbeitsamt zu melden. Die Tabelle gibt demnach zwar die Marktentwicklung wieder aber keine absoluten Zahlen an unbesetzten Ausbildungsstellen bzw. Ausbildungsplatzsuchenden in der Bundesrepublik Deutschland. Zu beachten ist auch, dass die Anzahl an Ausbildungsstellen und die Anzahl der Bewerber nicht einfach gegengerechnet werden darf. Ein Ausbildungsplatzsuchender, der eine Ausbildungsstelle als Bäcker in Ostfriesland sucht, wird keine Ausbildungsstelle als Bankange-

steller in Bayern annehmen.

Aktuelle Zahlen (auch aufgeschlüsselt nach Regionen) gibt es auf den Webseiten des Arbeitsamtes (www.arbeitsamt.de). Kategorie: "Ausbildungsmarkt" und Thema: (z.B.) "Gesamtübersicht Ausbildungsvermittlung" auswählen.

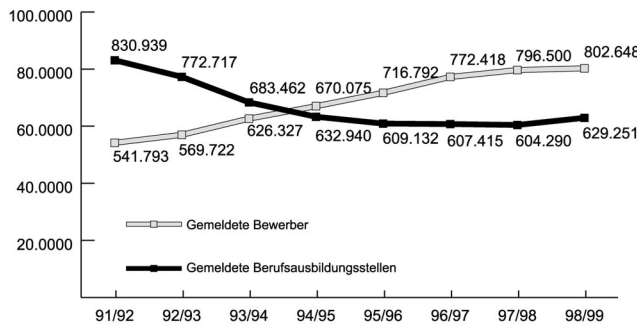
(Bundesanstalt für Arbeit, Statistik, llla5 - 4231/4244, Tabelle 5)

Arbeitsaufträge

1. Wie hat sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt in den '90er Jahren entwickelt?
2. Untersuche und interpretiere die Graphiken M5 und M6. Wo liegen die Unterschiede?

M 05 Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt (Diagramm I)

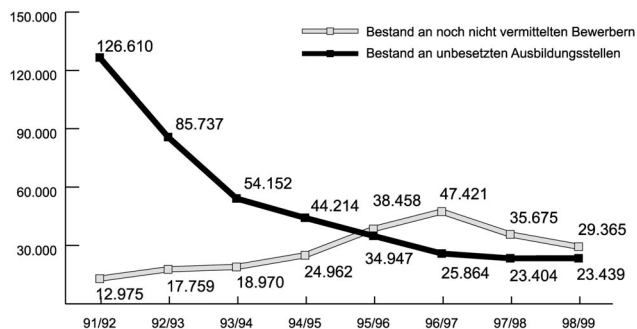
Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt



(Bundesanstalt für Arbeit, Statistik, llla5 - 4231/4244, Tabelle 5.)

M 06 Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt (Diagramm II)

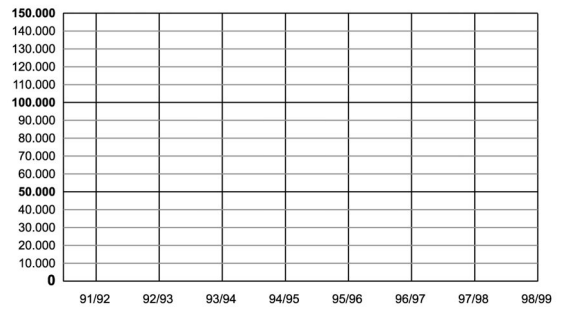
Ausbildungsmarkt BRD



(Bundesanstalt für Arbeit, Statistik, llla5 - 4231/4244, Tabelle 5.)

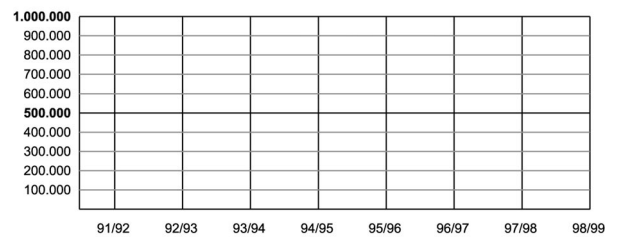
M 07 Ausbildungsmarkt BRD (Stand September eines Jahres) [Zeichenhilfe]

Ausbildungsmarkt BRD [Zeichenhilfe]



M 08 Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt (Zeichenhilfe)

Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt [Zeichenhilfe]



M 09 Bekommen alle Schulabgänger eine Lehrstelle?

[...] [Bundeskanzler Schröder hatte] eine frohe Botschaft verkündet: Im Westen der Republik sei das Angebot an Ausbildungsplätzen erstmals seit langem größer als die Nachfrage. [...] Keinen Grund zur Zufriedenheit sieht dagegen Erwin Vitt, für Jugend und Ausbildung zuständiges Vorstandsmitglied der IG Metall. Er kontert trocken: "Der Bundeskanzler kann schlecht rechnen." In der Tat kommen Kanzler und Gewerkschaft auf keinen gemeinsamen Nenner.

Schröder sieht zwar auch die 19.629 Jugendlichen, die Ende September noch auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz in die Arbeitsämter Westdeutschlands pilgerten. Aber er rechnet die 22.748 freien Ausbildungsstellen dagegen. "Das ist ein Erfolg" [...]. Zwar ist die Lehrstellen Bilanz in den neuen Bundesländern noch negativ - dort sind 9.774 Jugendliche bei den Arbeitsämtern registriert, aber nur 691 Lehrstellen - insgesamt aber steht statistisch nur gut 7.000 Bewerbern bundesweit keine Lehrstelle zur Verfügung.

Die Gewerkschaften rechnen allerdings ganz anders. Sie vergleichen die Zahl der Lehrstellen, die den Arbeitsämtern von Januar bis Ende September gemeldet wurden, mit der Zahl der Jugendlichen, die in diesem Zeitraum einen Ausbildungsplatz suchten. Danach bemühten sich in den vergangenen neun Monaten 802.286 Jugendliche bei den Arbeitsämtern um eine Lehrstelle. Doch nur 629.245 freie Stellen wurden in dieser Zeit dort gemeldet [...] Es klappt also eine Lücke von mehr als 173.000 Lehrstellen.

Schröders Rechnung fällt nach Einschätzung der

Gewerkschaft nur aus einem Grund wesentlich positiver aus: Es bevölkern nur deshalb wesentlich weniger Jugendliche die Flure der Arbeitsämter, weil sie mehr oder weniger resigniert andere Wege gehen - sie jobben, besuchen weiter die Schule, durchlaufen Förderprogramme der Bundesanstalt für Arbeit. "In Wahrheit wollen diese Jugendlichen aber endlich eine qualifizierte Berufsausbildung", sagt Vitt. Volker Rebhan, bei der Bundesanstalt für Arbeit zuständig für berufliche Bildung, beziffert die Zahl der Jugendlichen, die Gelegenheitsjob oder Förderprogramm sofort abbrechen würden, wenn sie eine Lehrstelle bekämen, auf 70.000. Und dies nicht ohne Grund: Eine Berufsausbildung ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. "Das zeigen die Zahlen", sagt Metaller Vitt. "Von den mehr als 100.000 Arbeitslosen unter 20 Jahren haben 78 Prozent keine Ausbildung."

(Pischke, Theo: *Bekommen alle Schulabgänger eine Lehrstelle? In: Die Woche. 15.10.1999.*)

Arbeitsaufträge

1. Gebt die Stellungnahmen zur Ausbildungssituation wieder und vergleicht diese.
2. Worin besteht die große Gefahr, wenn ein Bewerber auf Dauer keinen Ausbildungsplatz erhält?
3. Ordnet die Diagramme der Gewerkschaftsposition und der Position des Bundeskanzlers zu.

M 10 Katastrophe in der Berufsausbildung

[...] Das Ergebnis ist niederschmetternd. Auch wenn die Zahlen noch nicht endgültig sind - zu Beginn des neuen Ausbildungsjahres [1997] bahnt sich eine Katastrophe an. Und in den nächsten Jahren, das zeichnet sich schon heute ab, wird die Situation eher noch schwieriger, weil immer mehr junge Leute auf der Suche nach einer ordentlichen Berufsausbildung in die Betriebe drängen. [...]

Vor allem in Ostdeutschland ist die Lage für viele schier aussichtslos.[...]

In den nächsten zehn Jahren wächst die Zahl der Schulabgänger um 30 Prozent, 200 000 junge Leute mehr drängen bis dahin auf den Markt. Jährlich erhöht sich überdies die Zahl der Bewerber durch all jene, die zuvor in weiterführenden Schulen oder kurzfristigen Jobs untergeschlüpft sind. Zudem entscheiden sich nach einer Untersuchung des Hochschulinformationssystems heute nur noch 66 Prozent der Abiturienten für ein Studium, vor drei Jahren waren es noch 71 Prozent. Statt dessen bemühen sie sich um einen Platz im dualen System - meist mit gutem Erfolg. Die Folge: Hauptschüler bleiben im harten Wettbewerb immer häufiger auf der Strecke. Und ohne Ausbildung sind ihre Chancen, auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft Fuß zu fassen, erheblich gemindert. [...] Höhere Qualifikationen verlangt nicht nur die Industrie, sondern auch der tertiäre Sektor. In den kommenden Jahren dürften [...] allein in Westdeutschland etwa 600 000 Jobs für Ungelernte im Dienstleistungsbereich verlorengehen. [...]

(Martens, Erika: *Katastrophe in der Berufsausbildung. In: Die Zeit.*)

1997, Nr. 38.)

Arbeitsaufträge

1. Wie wird sich der Ausbildungsmarkt in den nächsten Jahren entwickeln?
2. Wie wirkt sich die steigende Nachfrage nach Ausbildungsplätzen auf die Qualifikation der Bewerber aus?
3. Erklärt den Wegfall einfacher Arbeiten und beschreibt die damit verbundenen Folgen für den Arbeitsmarkt.
4. Wer sind die Verlierer im harten Wettbewerb?

M 11 Emel Akbay, Schulabgängerin

Die Zukunft klammert sich an sechzehn Buchstaben. Ohne die baumelt das Leben in der Luft, geht nicht vor und nicht zurück. Mit den sechzehn Buchstaben wäre alles anders: Wenn sie einen Ausbildungsplatz fände, meint Emel Akbay, dann hätte sie wieder Spaß an Aerobic, dann würde sie sich im Volleyball-Verein anmelden, dann könnte sie den Führerschein machen, dann hätte sie auch wieder Lust zu lesen. Im Moment hat sie "einfach zu gar nichts Lust". Der Moment dauert schon seit dem 9. Juli.

An jenem Tag ist die 18jährige Emel zum letzten Mal zur Schule gegangen. Grundschule, Realschule, kaufmännische Berufsfachschule und dann plötzlich "Das kann man gar nicht beschreiben. Du fühlst dich so leer." jetzt müßte etwas Neues anfangen, doch es geschieht nichts außer daß die Zeit vergeht und der Stapel mit den Klarsichtmappen wächst. Mehr als dreißig Bewerbungen hat Emel darin abgeheftet, korrekt geschrieben mit Lebenslauf, geboren 1980 in Bremen, seit 13 Jahren in Berlin, Staatsbürgerschaft türkisch. "Hiermit bewerbe ich mich um einen Ausbildungsplatz", als Rechtsanwaltsgehilfin, Restaurantfachfrau, Einzelhandelskauffrau, Steuerfachgehilfin. Emel hat vieles versucht. Die freundlichsten Absagen endeten mit einem "Kopf hoch!", die ehrlichsten mit: "Zu unserer eigenen Entlastung schicken wir Ihnen Ihre Bewerbungsunterlagen zurück." Sie ist höflich, sie ist hübsch, hinter den runden Brillengläsern blitzen wache Augen. In ihrem Abschlußzeugnis der Berufsfachschule steht eine Eins bei Mathematik und bei Deutsch eine Drei. "Wenn das nicht gut genug ist, sollen sie doch gleich Abiturienten nehmen", schimpft Emel. Wenigstens eine Chance hätten sie ihr geben können. [...]

Die Ereignislosigkeit, dieser Alltag im Wartestand - eigentlich, sagt Emel und zieht wieder die Nase kraus, "ist mir das alles ganz schön langweilig". Dabei hat sie doch klare Ziele: eine Ausbildung machen, "um auf eigenen Beinen zu stehen", ein Auto kaufen, "weil es schön ist, wenn Frauen Auto fahren, das macht unabhängig", ein Haus haben, irgendwo am Strand in der Türkei - vielleicht aber auch auf Hawaii. irgendwann, "bloß nicht so bald!", einen netten Mann heiraten, "aber keinen Macho-Typen", Kinder kriegen "und trotzdem den Beruf nicht aufgeben".

(Gaserow, Vera: *Kobls Kinder - Emel Akbay, Schulabgängerin. In: Die Zeit. 24.9.1998, S. 77.*)

Arbeitsaufträge

1. Welche Erfahrungen hat Emel gemacht?
2. Welche Bedeutung mißt Emel einem Ausbildungsplatz bei (Bedeutung für ihre persönliche Zukunft)?
3. Wie fühlt sich Emel in diesem "Wartestand"?
4. Kennt ihr Personen aus eurem Nahbereich, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben? Berichtet.

M 12 Jungsein heute: die gesellschaftliche Krise hat die Jugend erreicht

Die Krisen im Erwerbsarbeitssektor, Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Rationalisierung und Abbau oder Verlagerung von Beschäftigung sind inzwischen nicht mehr "bloß" eine Randbedingung des Aufwachsens. Sie sind nicht mehr "bloß" Belastungen des Erwachsenenlebens, von denen Jugendliche in einem Schonraum entlastet ihr Jugendleben führen können. Sie haben inzwischen vielmehr das Zentrum der Jugendphase erreicht, indem sie ihren Sinn in Frage stellen. Wenn die Arbeitsgesellschaft zum Problem wird, dann muß auch die Jugendphase als Phase der biographischen Vorbereitung auf diese Gesellschaft zum Problem werden.

Unsere Studie zeigt deutlich und an vielen Stellen, daß von allen Problemen am stärksten die Probleme der Arbeitswelt die Jugend beschäftigen und nicht die klassischen Lehrbuchprobleme der Identitätsfindung, Partnerwahl und Verselbständigung.

(Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '97. Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen. Opladen 1997, S. 13-14.)

M 13 "Hauptprobleme der Jugendlichen heute"

Vor Eintritt in das Fragebogeninterview wurden die Jugendlichen gefragt: "Welches sind denn nach Deiner Meinung die Hauptprobleme der Jugendlichen heute?" Dies geschah in der Form einer offenen Frage, also ohne weitere Antwortvorgaben, so daß die Befragten die Möglichkeit hatten, mit eigenen Worten und spontan die Probleme zu benennen. [...]

Wie man sieht, nennt fast jeder zweite Befragte als "Hauptproblem der Jugendlichen heute" das Thema Arbeitslosigkeit. Daran ist auffällig, daß also nicht irgendein Problem, irgendeine Schwierigkeit der jugendlichen Entwicklung, Konflikte mit Älteren, psychosoziale Krisen, Identitäts- oder Orientierungsprobleme oder ähnliches, die gemäß den Lehrbüchern der Entwicklungspsychologie oder Sozialisationstheorie im Jugendalter zentral stehen, sondern das gesellschaftlich-ökonomische Problem der Krise der Erwerbsarbeit erlebt wird. Die gesellschaftlichen Krisen haben das Jugendalter erreicht. Je älter übrigens die Befragten sind, desto häufiger nennen sie Arbeitslosigkeit als Hauptproblem: nur 18% der Jüngsten (d. h. der 12- bis 14jährigen), aber 58,5% der 18 bis 21jährigen und sogar 62,5% der 22- bis 24jährigen. Dies zeigt, daß mit zunehmendem Lebensalter sich die Problemwahrnehmung keineswegs entschärft. Die kritische Frage, ob es gelingt, sich in die Erwerbsarbeitsgesellschaft zu

integrieren, bleibt ja für die meisten bis weit in das dritte Lebensjahrzehnt offen und riskant, Ein Blick auf die offiziellen monatlichen Statistiken der sog. Jugendarbeitslosigkeit zeigt dies deutlich. Aber auch für diejenigen, die scheinbar ihren Platz im Arbeitsleben gefunden haben, ist die Verunsicherung damit noch keinesfalls aus der Welt geschafft. Unter allen Befragten nennen die bereits Berufstätigen zu fast zwei Dritteln (64,4%) und damit von allen Statusgruppen am häufigsten Arbeitslosigkeit als Hauptproblem. Sie übertreffen damit sogar noch die arbeitslosen Jugendlichen (mit 62,4%) selbst.

Wie ist dieser Befund zu verstehen? Die Jugendphase - so scheint es - wird heute nicht mehr allein so erlebt, daß sie ihren Sinn in sich selbst als eigenständige Lebensphase hätte. Offensichtlich wird sie doch auch in ihrer Verknüpfung und Beziehung mit den folgenden biographischen Schritten gesehen. Der gelingende Übergang in die nachfolgende Phase des (auch) ökonomisch selbständigen Erwachsenseins ist aber ganz vorrangig abhängig von dem Sicheinfäden in den Arbeitsmarkt. Ohne Erwerbsarbeit - kein gesichertes Einkommen - keine gesicherte Erwachsenenexistenz, das scheint immer noch die Grundregel in unserer Arbeitsgesellschaft zu sein. Arbeitslosigkeit bedroht und verunsichert also die Möglichkeiten, Jugend (erfolgreich) abzuschließen, bedroht die Jugendphase von ihrem Ende her. Je älter also junge Menschen sind, je mehr der Abschluß der "Jugend" und der Übergang in die Erwachsenenexistenz anstehen, desto stärker drängen sich die aktuellen Probleme des Arbeitsmarktes auch als persönliche Bedrohung in die Aufmerksamkeit. Und wer es "geschafft" hat und bereits berufstätig ist, hat offensichtlich Angst davor, daß das erreichte Ufer nicht so sicher ist, wie es sollte und man wieder zurückfallen könnte.

(Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '97. Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen. Opladen 1997, S. 278-280.)

M 14 Ergebnisse der Shell Jugendstudie 1997 (Statistik)

Rang	Problem	Prozent der Befragten
1.	Arbeitslosigkeit	45,3
2.	Drogenprobleme	36,4
3.	Probleme mit Personen im Nahbereich	32,1
4.	Lehrstellenmangel	27,5
5.	Schul- und Ausbildungsprobleme	27,1
6.	Zukunftsangst/Perspektivlosigkeit	20,9
7.	Gewalt/Banden/Kriminalität	19,8
8.	Geldprobleme	18,9
9.	Gesundheitsprobleme	18,9
10.	mangelnde Freizeitgelegenheiten	16,6
11.	Umweltprobleme	10,8
12.	generelle Unzufriedenheit/Lustlosigkeit	9,3
13.	Fehler der Politik	8,8
14.	Probleme mit dem Erwachsenwerden	7,3
15.	überzogenes Konsumdenken	6,9
16.	sonstige Einzelprobleme	21,1
17.	weiß nicht/keine Angabe	1,0

(Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '97. Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen.)

Opladen 1997, S. 279.)

Arbeitsaufträge (M12-M14)

1. Was ist das Hauptproblem der Jugendliche heute?
2. Was bedeutet dies für den "Schonraum" Jugend?
3. Stelle einen Zusammenhang zu der schwierigen Lage auf dem Ausbildungsmarkt her.
4. Vergleiche diese Ergebnisse mit der Situation Emels.

Rechtsradikalismus
schlechte schulische Leistungen
Frustration
Frustration
Frustration

M 15 Soziale Folgen

[...] Den Politikern aller Parteien ist der Ernst der Lage mittlerweile klar. Sie wissen: Ausbildungsmisere, Jugendarbeitslosigkeit und wachsende Kriminalität stehen in engem Zusammenhang. Mehr als eine halbe Million junger Menschen unter 25 Jahren ist derzeit [September 1997] ohne Job. Die Jugendarbeitslosenquote liegt zum ersten Mal seit langer Zeit wieder über dem Durchschnitt, etwa 300 000 junge Leute sind auf Sozialhilfe angewiesen. Drogenkonsum, rechtsradikale Vereinigungen und schlichte Kriminalität sind immer häufiger die Folgen.

"Armut alleine", so der Kriminologe Christian Pfeiffer, "macht natürlich noch nicht kriminell." Doch wer keine Lehrstelle und keine Arbeit finde, immer zuschauen müsse, wie sich einige scheinbar alles leisten können - der gerate in Gefahr, sich zu nehmen, was er braucht, auch auf kriminelle Weise.

Die zunehmende Gewalt unter Heranwachsenden ist jedenfalls besorgniserregend. Im vergangenen Jahr [1996] ermittelte die Polizei gegen rund 131 000 Kinder unter 14 Jahren, fast 50 Prozent mehr als 1993. Bei den 14- bis 18jährigen gab es fast 280.000 Tatverdächtige, ein Plus von 33 Prozent. Sachbeschädigung, Diebstahl, aber auch Körperverletzung waren die häufigsten Delikte. Christian Pfeiffer kommt beim Vergleich der Jugendkriminalität in zehn europäischen Ländern zu dem Schluß: "Wo die soziale Integration junger Menschen gelingt, gibt es weniger Täter. Je mehr aber die sozialen Gegensätze steigen, desto stärker steigt die Jugendgewalt." Und er zitiert den Strafrechtler Franz von Liszt aus dem Jahre 1905: "Die beste Kriminalpolitik ist eine gute Arbeitsmarkt und Sozialpolitik."

(Martens, Erika: Katastrophe in der Berufsausbildung. In: Die Zeit. 1997, Nr. 38.)

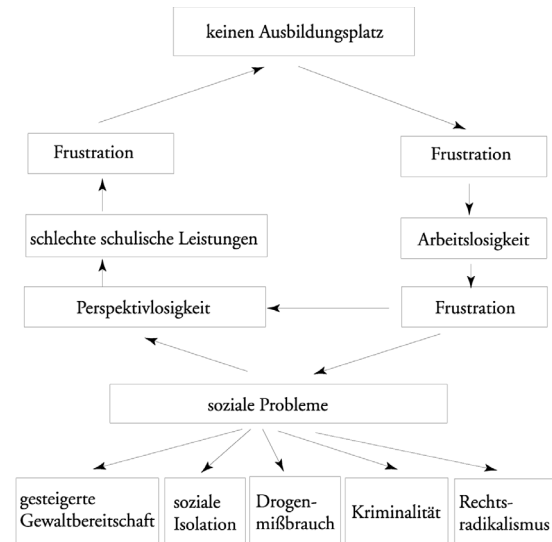
Arbeitsaufträge

Beschreibt den Zusammenhang von Ausbildungsmisere, Jugendarbeitslosigkeit und Kriminalität.

M 16 Stichwörter für das Tafelbild

kein Ausbildungsplatz
Perspektivlosigkeit
Arbeitslosigkeit
soziale Probleme
gesteigerte Gewaltbereitschaft
soziale Isolation
Drogenmißbrauch
Kriminalität

M 17 Tafelbild "Teufelskreis"



M 18 Bericht des ZDF "Heute Journal" zum

Thema: Ausbildungsplätze

Nachrichtensprecher:

Wir schauen an einem Tag an dem wieder einmal die Arbeitslosenzahl verkündet wurde, auf ein besonderes Programm der Regierung. Ausbildungsplätze für junge Leute. Wie kann man die großen und kleinen Firmen bewegen, möglichst viele junge Menschen in die Lehre zu nehmen, mehr als der Betrieb bei strengem Kalkulieren eigentlich brauchte. Martin Ordloff schildert uns die Erfahrung mit dem Programm an Beispielen aus Nordrhein-Westfalen.

Martin Ordloff, Reporter/Kommentator:

Er ist gerade auf Tour für die Ausbildung, und wo immer Wolfgang Clement zur Zeit auftritt wirbt er um Lehrstellen für die Jugendlichen. 6500 haben in Nordrhein-Westfalen noch immer keinen Ausbildungsplatz, obwohl das Sofortprogramm der Bundesregierung bereits vielen helfen konnte.

Wolfgang Clement, SPD, Ministerpräsident NRW:

Dessen Vorrang hier ist jetzt die jungen Leute von der Straße runterzuholen und die Jugendarbeitslosigkeit wirklich wirksam zu bekämpfen. Und dazu gehört jetzt, heute ein erhöhter öffentlicher Mitteleinsatz. Anders schaffen wir es ja offensichtlich nicht. Und wir haben jetzt die Jugendarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen doch deutlich heruntergebracht, innerhalb eines Jahres um knapp 9%.

Martin Ordloff, Reporter/Kommentator:

Lehrlinge aus dem Sofortprogramm, für dieses Düsseldorf Sportgeschäft waren sie ein Gewinn. Anfangs war man ein wenig skeptisch, doch von beiden Auszubildenden ist der Filialleiter inzwischen überzeugt.

Herbert Lorencic, Filialleiter Sportgeschäft Düsseldorf:

Die beiden sind, muß ich sagen, eigentlich sehr positiv

zu sehen. Beide haben eine sehr, sehr gute Entwicklung gemacht. Frau Rorick haben wir zum 01.08. schon in die Ausbildung mit rein genommen.

Martin Ordolff, Reporter/Kommentator:

Für Felix Bongzio und Susanne Rorick war das Sofortprogramm wohl die letzte Chance. Beide hatten sich vergeblich um einen geeigneten Platz bemüht.

Felix Bongzio, Auszubildender Sportgeschäft Düsseldorf:

Ich habe ziemlich viele Bewerbungen geschrieben und ziemlich viele Absagen bekommen. Durch das Sofortprogramm bin ich direkt hier als Praktikumsstelle übernommen worden.

Martin Ordolff, Reporter/Kommentator:

Erfolgsmeldungen mit dem Sofortprogramm, das hört das Landesarbeitsamt natürlich sehr gern. Ein erstes Fazit:

Karsten Koppe; Präsident Landesarbeitsamt NRW:

Wir haben gut 6500 junge Leute in Ausbildung, in diesem Fall überbetriebliche Ausbildung, hereinbekommen. Über alle Berufsbereiche und Paletten und alle regionalen Bereiche unseres Landes hinweg.

Martin Ordolff, Reporter/Kommentator:

Kritische Stimmen dagegen von der Handwerkskammer. Der Versuch sei zwar gut gemeint, aber bei der Umsetzung gebe es erhebliche Mängel.

Axel Fuhrmann, Handwerkskammer Düsseldorf:

Es ist ein Unding, ein Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit und für Ausbildungsplätze im Frühjahr eines Jahres zu starten, das wirbelt den gesamten Ausbildungsmarkt durcheinander. Der zweite große Kritikpunkt von uns ist, das mit diesem Programm ganz normale betriebliche Ausbildungsplätze subventioniert werden. Das bedeutet, Betriebe haben sich relativ früh im Jahr "kostenlos" mit Jugendlichen eingedeckt. Es wurden keine neuen Ausbildungsplätze durch diese Firmen geschaffen. Und die Jugendlichen, die im Juni mit ihrer Schule zuende waren guckten in die Röhre.

Martin Ordolff, Reporter/Kommentator:

Ein Friseursalon in Essen, hier gab es Probleme. Einem Lehrling aus dem Sofortprogramm wurde schon wieder gekündigt. Auszubildende, die sich der Betrieb selbst auswählt, seien fast immer besser qualifiziert, meint der Chef Ulf Dröge.

Ulf Dröge, Friseurmeister Essen:

Eine 22-23jährige Abiturientin hat halt andere Voraussetzungen als 'ne Hauptschülerin, die 17 ist.

Martin Ordolff, Reporter/Kommentator:

Und dennoch, sollte das Sofortprogramm fortgesetzt werden, will auch Dröge wieder einen Lehrling einstellen. Schließlich sei die Idee zu gut, meint er, um sich daran nicht zu beteiligen.

(05.10.1999, 21:45 Uhr, Heute Journal; ZDF.)

Arbeitsaufträge

1. Worum handelt es sich beim Sofortprogramm der Bundes- und Landesregierung NRW (Durchführung, Ziele)?
2. Welche Erfahrungen hat die Landesregierung bisher mit dem Programm gemacht?
3. Warum kritisiert der Vertreter der Handwerkskammer das Sofortprogramm?
4. Wie bewerten Auszubildende des Programm?

<http://www.pbnetz.de>

5. Wie sehen es die Auszubildenden?

M 19 Informationen zum Sofortprogramm "Jump"

Das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, das den 450.000 jungen Menschen ohne Job helfen soll, ist seit dem 1. Januar in Kraft. Zwei Milliarden Mark, davon 600.000 Millionen aus dem Europäischen Sozialfonds, stehen 1999 dafür zur Verfügung. Schwerpunkt des Programms ist Ostdeutschland. Es werden lokale und regionale Projekte gefördert, die das betriebliche Angebot an Lehrstellen erhöhen. Für Bewerber, die nicht in einem Unternehmen unterkommen, sollen Ausbildungsplätze in außerbetrieblichen Einrichtungen geschaffen werden. Wer nach einem Jahr keinen Anschlußvertrag in einem Betrieb gefunden hat, kann weiter dort bleiben. Geboten werden zudem das Nachholen des Hauptschulabschlusses, berufliche Nach- und Zusatzqualifizierung, Trainingsprogramme zur Vertiefung der Berufsorientierung und Bewerbungsübungen sowie Qualifizierungs-Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von längstens einem Jahr. Jugendliche, die noch nicht ausbildungsfähig sind, werden mit Praktika im Betrieb und berufsvorbereitenden Kursen für die Lehrzeit qualifiziert. Unternehmen, die junge Arbeitslose einstellen, können Lohnkostenzuschüsse erhalten: 60 Prozent bei einer Beschäftigung von zwölf Monaten, 40 Prozent bei zwei Jahren. Beschäftigungsbegleitende Hilfen können gewährt werden, um etwa Bildungs- und Sprachdefizite abzubauen. Besonders benachteiligte junge Menschen werden durch Sozialpädagogen betreut.

(Martens, Erika: 100 000 Hoffnungen - mehr nicht. In: Die Zeit. 1999, Nr. 15.)

M 20 Teilnehmer am Sofortprogramm "Jump"



(IMU 99 04 153)

M 21 Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit erfolgreich

"Gute Hilfe für junge Menschen, die sich qualifizieren wollen" Zusätzlich fast 28 000 Ausbildungsplätze außerhalb von Betrieben und öffentlichen Verwaltungen geschaffen

Nürnberg - Das Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit hat in diesem

Herbst zu einer erheblichen Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt geführt. Das geht aus einem Bericht des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit (BA), Bernhard Jagoda, hervor. Die Regierungsinitiative habe die Differenz zwischen unbesetzten Stellen und noch nicht vermittelten Bewerbern von 12 300 im September 1998 auf 5900 in diesem September verringert, sagte Jagoda in Nürnberg. Ende des vergangenen Monats hatten im gesamten Bundesgebiet 29 400 junge Menschen keinen Ausbildungsplatz gefunden. Das sind 6300 weniger als vor einem Jahr. Das Programm sei "eine gute Hilfe für Jugendliche, die arbeiten oder sich qualifizieren wollen", sagte Jagoda.

Wie auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt weist auch bei den Lehrstellen die Entwicklung in Ost und West deutliche Unterschiede auf. In den alten Ländern überstieg die Zahl der Ausbildungsplätze die Zahl der Bewerber um 3200. In den neuen Ländern fehlten hingegen 9000 Lehrstellen, um alle Bewerber unterzubringen. Immerhin ist wie im Westen eine Verbesserung des Verhältnisses erkennbar: Im September 1998 fehlten im Osten noch knapp 12 000 Plätze.

Jagoda wies jedoch darauf hin, dass im Osten wie im Westen die Verbesserung der Lage ausschließlich auf die wachsende Zahl geförderter und außerbetrieblicher Ausbildungsstellen zurückzuführen sei. Im Osten sei nur rund die Hälfte der Ausbildungsangebote von Firmen gekommen, im Westen neunzig Prozent. Andererseits habe man in den nur für die neuen Länder geltenden Lehrstelleninitiativen des Bundes und der Länder allein 24 000 junge Leute unterbringen können. Das mit zwei Milliarden Mark ausgestattete Sofortprogramm der Bundesregierung hat nach den Worten Jagodas bundesweit zusätzlich 27 600 Ausbildungsplätze außerhalb von Betrieben und öffentlichen Verwaltungen geschaffen. Insgesamt habe das Programm die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen um 40 000 bis 50 000 reduziert.

Der BA ist es laut Jagoda gelungen, mit eigenen Mitteln weitere Jugendliche "vom Markt" zu nehmen. Sie seien entweder in berufsvorbereitenden Maßnahmen untergekommen oder hätten eine außerbetriebliche Ausbildung begonnen. Einschließlich der 27 600 Stellen des Sofortprogramms seien von den 629 300 neuen Ausbildungsplätzen in ganz Deutschland rund 81 000 außerbetrieblich.

Der Chef der Bundesanstalt klagte über geringe Ausbildungsbereitschaft der Betriebe. Nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das der BA angegliedert ist, bilden zurzeit von den 1,64 Millionen Firmen in Westdeutschland nur 571 400 Nachwuchs aus. Im Osten hätten nur knapp 120 000 der 400 000 Betriebe bisher Auszubildende aufgenommen.

Auch auf dem Ausbildungsmarkt gibt es nach Angaben Jagodas eine immer stärkere Verschiebung von Fertigungs- zu Dienstleistungsberufen. Vor allem der Bedarf an Informatik-Fachkräften wachse. Doch steigt zurzeit laut Jagoda das Interesse an diesen Berufen noch schneller, als die Zahl der Stellen zunehme.

Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) verstärkt ihre Werbung für Lehrstellen in Unternehmen. BA-Präsident Bernhard Jagoda präsentierte in Nürnberg ein Plakat mit dem Slogan "Ausbilden heißt überleben".

(Schmitt, Peter: Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit erfolgreich. In: Süddeutsche Zeitung. 20.10.1999.)

Arbeitsaufträge (M19-M21)

1. Worum genau handelt es sich beim Sofortprogramm "Jump"?
2. An wen richtet sich das Sofortprogramm, wem soll besonders geholfen werden?
3. Von wem und wie wird das Programm wirklich genutzt?
4. Was hat das Programm bisher erreicht?

M 22 Homepage des Sofortprogramms "Jump" der Bundesregierung



<http://www.100000jobs.de/>

Arbeitsaufträge

1. Worum genau handelt es sich beim Sofortprogramm "Jump"?
2. An wen richtet sich das Sofortprogramm, wem soll besonders geholfen werden?
3. Von wem und wie wird das Programm wirklich genutzt?
4. Was hat das Programm bisher erreicht?

M 23 100 000 Hoffnungen - mehr nicht?

[...] Ohne Nachfolgeprogramm wird der Effekt verpuffen. Allerdings, viele dieser Hoffnungen werden am Ende enttäuscht werden. Neue Arbeitsplätze, so das Fazit von Beratern und Bildungsträgern, sind eben nach wie vor Mangelware. Die Unternehmen seien gutwillig, aber woher sollten die zusätzlichen Arbeitsplätze kommen? Eher mager ist denn auch die Zahl derer, die mit oder ohne Lohnkostenzuschuß einen regulären Job ergatterten. Die etwa 15.000 Ausbildungsplätze, die bis Ende März besetzt wurden, wurden größtenteils in überbetrieblichen Einrichtungen, also mit öffentlichen Mitteln, geschaffen. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit Qualifizierung, derzeit annähernd 10.000, laufen maximal ein Jahr. Die Masse der Jugendlichen, die jetzt noch in sogenannten Trainingsprogrammen steckt, wird sogar schon nach spätestens drei Monaten wieder auf der Straße stehen. Das Geld ist im Sommer verplant. Dann können die Initiatoren gewiß "100.000 Angebote", vielleicht sogar mehr, präsentieren. Doch das Versprechen auf Millionen Plakaten, das "100.000 Jobs für Junge" verheißt, wird sich nicht erfüllen lassen. Der Frust, fürchtet nicht nur Brigitte Bernhardt vom Berufsbildungswerk (bfw) in Hamburg, wird am Ende noch größer sein als zuvor.

Was also kommt danach? Diese bange Frage stellen sich derzeit viele Mitarbeiter in Behörden und Bil-

dungsträgern und hoffen inständig auf eine Fortsetzung des Programms. "Es wäre schrecklich, wenn die jungen Leute nach kurzer Zeit wieder in ein Loch fallen", findet Hans Dietrich vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsbildung, das für die wissenschaftliche Begleitung des Projekts zuständig ist.

Inge Appel, Managerin beim Institut für Berufliche Bildung (IBB), hält es für ganz unmöglich, ein solches Projekt sang- und klanglos auslaufen zu lassen. In der Region um Salzwedel, direkt an der ehemaligen DDR-Grenze zu Niedersachsen, hat das IBB sechs Sozialarbeiter zusätzlich eingestellt - mit unbefristeten Verträgen. Die Arbeitslosenquote liegt hier bei über 23 Prozent, die der Jugendlichen unter 25 Jahren bei fast 20 Prozent. Da gibt es auch künftig viel zu tun. Und nicht nur da. Mit einer einmaligen Kraftanstrengung ist der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen nicht dauerhaft beizukommen. Dafür braucht es schon einen längeren Atem.

(Martens, Erika: 100 000 Hoffnungen - mehr nicht. In: Die Zeit. 1999, Nr. 15.)

M 24 Kostenloser Lehrling vom Arbeitsamt

Bundeskanzler Gerhard Schröder berauscht sich am Erfolg seines Sofortprogramms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Mehrere Milliarden Mark lässt es sich Rot-Grün kosten, 100000 Jugendliche in Ausbildung und Beschäftigung zu bringen. Das Ergebnis: Rein statistisch sind in diesem Herbst nur noch knapp 6000 Jugendliche ohne Lehrstelle; vor einem Jahr waren es noch 12300. Im Westen ist die Bilanz erstmals seit zwei Jahren wieder positiv. Wird jetzt alles gut? Nichts wird gut. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich Politiker mit Hilfe der Statistik in die Tasche lügen. Das eilig zusammengeschusterte Sofortprogramm kostet viel, bringt wenig und schadet gewaltig.

Damit sie die von Rot-Grün vorgegebenen Erfolgsdaten präsentieren können, haben die Arbeitsämter unter Zeitdruck alle möglichen Maßnahmen ergriffen, um schöne Zahlen zu liefern. Viele Bewerber sind über kurzfristige Qualifizierungskurse, außerbetriebliche Ausbildungen oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus der Statistik genommen worden. Das freut den Kanzler, aber es hilft nicht den Betroffenen.

Laufen die praxisfernen Programme aus, stehen die Teilnehmer wieder auf der Straße. Und wer tatsächlich in den Betrieben gelandet ist, schadet mittelbar der Ausbildungskultur. Warum auch einen regulären Lehrstellenbewerber beschäftigen, wenn es den kostenlosen Azubi beim Arbeitsamt gibt? Von 1,08 Millionen berechtigter Betriebe bilden nur 691000 aus. Statt attraktive Rahmenbedingungen bei der Ausbildung zu schaffen, fördert der Staat Mitnahmeeffekte. Folge dieses Aktionismus: Immer mehr Firmen verlernen es, im eigenen Interesse auf Nachwuchs zu setzen.

(Aus: Sueddeutsche Zeitung, 20.10.1999. mbe.)

M 25 DIHT übt heftige Kritik am Sofortprogramm des Bundes

pt BERLIN. Als zu wenig zielgerichtet hat der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Franz Schoser, das Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit kritisiert. "Es hat erhebliche Mitnahmeeffekte gegeben," erklärte Schoser am Montag vor Journalisten in Berlin. Als Indiz führte er an, dass 53 % der öffentlich finanzierten außerbetrieblichen Lehrstellen von Jugendlichen mit mittlerem oder höherem Schulabschluss besetzt worden seien. Damit habe das Programm die eigentlichen Problemgruppen in großem Umfang verfehlt. "Denn diese Klientel findet auch ohne Förderung eine Lehrstelle," erklärte Schoser. [...]

Info:

Deutscher Industrie- und Handelstag = "Arbeitgebervertretung"

(Aus: Onlineangebot der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH. 04.10.1999.)

Arbeitsaufträge (M23-M25)

1. Nenne Kritikpunkte am Sofortprogramm zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit.
2. Inwieweit wird die jeweilige Kritik begründet, inwieweit nicht?
3. Welche Konsequenzen hat dieser staatliche Eingriff?
4. Was passiert, wenn das Programm ausläuft?

M 26 Kartenhaus Krisengerede

Die berufliche Bildung ist wieder in die öffentliche Diskussion geraten. Angeblich bilden zu wenig Unternehmen aus und bieten nicht genügend Lehrstellen an. Eine Ausbildungskatastrophe wird an die Wand gemalt. [...]

Vieles erinnert an die fast gebetsmühlenhaften Diskussionen der 80er Jahre. Neu ist allerdings der Ausbildungskonsens in Nordrhein-Westfalen, bei dem sich Landesregierung, SPD-Fraktion, Landesarbeitsamt, Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern und Gewerkschaften verpflichtet haben, gemeinsam die Rahmenbedingungen für die Berufsausbildung zu verbessern und allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu sichern. Was steckt hinter diesen Diskussionen und Aktionen?

Zunächst muss man feststellen, dass der Ausbildungsmarkt keine statische Größe ist, sondern stark von bildungspolitischen, demographischen und wirtschaftlichen Bedingungen abhängt. Deshalb erleben wir seit vielen Jahren Wellenbewegungen in denen sich Überangebot und Nachfragemangel mit hoher Nachfrage und knappen Ausbildungsplätzen abwechseln. [...]

Regionale Unterschiede

Der Markt ist enger geworden und mehrfach gebrochen. Es gibt immer größere regionale Unterschiede (Defizit in Gelsenkirchen. Recklinghausen gerade ausgeglichen, Überschuss im Münsterland) und weiter-

hin große Schwierigkeiten, technische Ausbildungsplätze zu besetzen, während kaufmännische Berufe überlaufen sind.

Hinzu kommt, dass viele Rahmenbedingungen nicht mehr stimmen. Hohe Ausbildungsvergütungen, mehr Urlaub, Arbeitszeitverkürzungen und immer mehr Berufsschule schränken die betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten ein und machen Berufsausbildung immer teurer. Viele Betriebe beklagen zurecht die immer größeren Defizite der Schulabgänger und "Null-Bock-Stimmung", wenn es um Ausbildung und Beruf geht. In vielen Wirtschaftsbereichen fehlen uns auch schlicht Ausbildungsmöglichkeiten, etwa im Bereich der Informations- und Kommunikationstechniken, bei Medien, in Sport und Freizeit. Gleichzeitig steigen die Schulabgängerzahlen und damit die Nachfrage nach Ausbildung wieder an.

Ausbildungskonsens unterzeichnet

[...] Das hat in Nordrhein-Westfalen dazu geführt, dass Vertreter der Landesregierung, der SPD-Landtagsfraktion, des Landesarbeitsamtes, des DGB und der Handwerks und Industrie- und Handelskammern einen Ausbildungskonsens unterzeichnet haben, der allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen ein Ausbildungsangebot sichern soll. Dieser Konsens hat vier wesentliche Elemente:

1. Die Rahmenbedingungen für die Berufsausbildung, etwa mit Blick auf neue Ausbildungsberufe, eine bessere Organisation des Berufsschulunterrichtes, mehr Flexibilität und Mobilität der Schulabgänger und eine stärkere Differenzierung der Berufsausbildung sollen gemeinsam verbessert werden.
2. Wer am 15. Oktober eines Jahres noch unversorgt ist, wird durch eine konzertierte Aktion der Partner des Ausbildungskonsenses nach Möglichkeit in betriebliche Ausbildung vermittelt. Die Industrie- und Handelskammern haben dabei die Aufgabe der regionalen Koordinierungsstellen übernommen.
3. Wenn trotz aller Anstrengungen und zusätzlicher Vermittlungsbemühungen ausbildungswillige und -fähige Jugendliche nicht in betriebliche Ausbildung vermittelt werden können, werden die Kammern der Wirtschaft außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen organisieren. Die Finanzierung dieser Maßnahmen soll das Land, auch mit Hilfe von EU-Mitteln, übernehmen.
4. Auf eine Umlagefinanzierung und andere wenig hilfreiche Maßnahmen wird bei der Erfüllung dieses Konsenses verzichtet. [...]

(Verst, Wolfgang: Kartenhaus Krisengerede. In: Wirtschaftsspiegel 2.97. Kurier der Industrie- und Handelskammer zu Münster, S. 24-28.)

Arbeitsaufträge

1. Was ist der Ausbildungskonsens NRW?
2. Wer sind die Träger?
3. Benenne die Ziele des Ausbildungskonsenses NRW?

M 27 Ausbildungskonsens NRW

Erste Ergebnisse gibt es bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Für den nordrhein-westfälischen Ausbildungskonsens werden aus dem Programm des Bundes für jugendliche Arbeitslose rund 375 Millionen Mark zusätzlich bereitgestellt. Mit diesem Geld können bestehende Hilfen zur Qualifizierung, Umschulung, Zuschüsse für Arbeitgeber und ähnliches deutlich verbessert werden.

Das Bündnis für Arbeit geht davon aus, daß 40.000 Jugendliche zusätzlich unterstützt werden können. Jugendliche ohne Ausbildungsplatz oder arbeitslose Jugendliche, die schon länger als ein Jahr ohne Arbeit sind, sollten sich deshalb so schnell wie möglich bei ihrem zuständigen Arbeitsamt melden, um dort die neuen Hilfsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen.

Schon der Ausbildungskonsens NRW hat 1998 ganze Arbeit geleistet. 122.590 Ausbildungsplätze wurden vermittelt, im Dezember 1998 waren 2133 Jugendliche unvermittelt, 1727 Ausbildungsplätze blieben unbesetzt. Nur 2% der Jugendlichen fanden im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen keinen Ausbildungsplatz. Die bislang erfolgreichen Landesprogramme "Jugend in Arbeit" und START-Zeitarbeit werden weiter fortgeführt und mit allen Maßnahmen des Bündnis für Arbeit verzahnt. Es ist auch geplant, neue Förderwege in bestehende zu integrieren.

Info:

Neben der Ausbildungsstellensuche beim Arbeitsamt oder durch Bewerbung auf Zeitungsanzeigen lohnt es sich auch bei den lokalen Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern anzufragen, diese bieten ebenfalls Lehrstellenbörsen an.

(Informationen der Landesregierung NRW. URL: http://www.nrw.de/politik/bja_nrw/bja_nrw.htm.)

Arbeitsaufträge

1. Welche Ergebnisse wurden erzielt?
2. Wo können sich Jugendliche melden, die vom Ausbildungskonsens NRW profitieren wollen?

M 28 Grundgesetzartikel

Artikel 12 - Recht auf freie Berufswahl

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.

Artikel 14 - Recht auf Eigentum - Erbrecht - Enteignung

(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Artikel 20 - Grundsätze des deutschen Staates

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (Stand November 2001).)

M 29 Art. 12,1 GG [Freie Wahl der Ausbildungsstätte]

Art. 12 GG

(1) *Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.*

I. Die Berufsfreiheit

Art. 12 garantiert allen Deutschen das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. [...] Eine Beschränkung der Freiheit der Berufswahl kann [...] nur in ganz besonders gelagerten Ausnahmefällen vorgenommen werden. Dabei ist zwischen subjektiven und objektiven Zulassungsvoraussetzungen zu unterscheiden. Erstere sind zum Schutz wichtiger Gemeinschaftsgüter zulässig, letztere nur zur Abwehr nachweisbarer oder höchstwahrscheinlicher Gefahren für ein überragend wichtiges Gemeingut.

- Subjektive Zulassungsvoraussetzungen liegen vor, wenn die Zulassung zum Beruf vom Besitz bestimmter persönlicher Eigenschaften, Fähigkeiten oder Fertigkeiten abhängt;
- objektive Zulassungsschranken sind gegeben, wenn die Zulassung zum Beruf von Faktoren abhängig gemacht wird, auf die der Bewerber keinen Einfluß hat.
- Subjektive Zulassungsschranken sind beispielsweise die erfolgreiche Ablegung einer Prüfung, bisherige Straflosigkeit oder eine Altersgrenze;
- objektive Zulassungsschranke ist z. B. die Begrenzung der Anzahl der zugelassenen Bewerber.

Es sind demnach drei Stufen zu unterscheiden (»Stufentheorie«):

1. bloße Regelungen der Berufsausübung,
2. Einschränkung der Berufswahl durch subjektive Zulassungsvoraussetzungen und
3. Einschränkung der Berufswahl durch objektive Zulassungsvoraussetzungen.

Auf jeder Stufe werden die Anforderungen, die an eine Einschränkung der Berufsfreiheit gestellt werden, höher. Nach der Rechtsprechung des BVerfG muß der Gesetzgeber Einschränkungen jeweils auf der Stufe vornehmen, die den geringsten Eingriff in die Berufsfreiheit mit sich bringen. Er darf erst zur nächsten Stufe übergehen, wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit dargetan werden kann, daß die befürchteten Gefahren mit den Mitteln der vorausgehenden Stufe nicht wirksam bekämpft werden können (BVerfG 7,377/408).

Als subjektive Zulassungsvoraussetzung stand die an die Vollendung des 70. Lebensjahres geknüpfte Altersgrenze für Hebammen nicht außer Verhältnis zu dem angestrebten Zweck der ordnungsgemäßen Erfüllung der Berufstätigkeit und enthielt keine übermäßige, nicht mehr zumutbare Belastung. Der Schutz der Kinder und Mütter war so wichtig, die Gefahren waren so groß, daß die hohen Anforderungen an die volle körperliche und geistige Leistungsfähigkeit auch durch einschneidende Regelungen der Berufsfreiheit gerechtfertigt waren (BVerfG 9, 345 ff.). [...]

II. Die freie Wahl des Arbeitsplatzes und der Ausbildungsstätte

Das Recht, den Arbeitsplatz frei zu wählen, bedeutet, daß der einzelne grundsätzlich ohne staatliche Behinderungen den Ort seiner beruflichen Betätigung bestimmen kann. Eingriffe sind nur nach Maßgabe der oben beschriebenen »Stufentheorie« möglich.

Die freie Wahl der Ausbildungsstätte ist vor allem bei der Zulassung zum Hochschulstudium aktuell geworden. Einschränkungen der Zulassung zum Studium sind zum Zwecke der Berufslenkung nicht statthaft. Doch zwingt eine oftmals beschränkte Aufnahmekapazität der Hochschulen zu Zulassungsbeschränkungen (»numerus clausus«). Sie sind nur zulässig, soweit ohne sie die Funktionsfähigkeit der Hochschulen ernstlich gefährdet wäre. Die Anknüpfung an besondere Leistungsnachweise im Auswahlverfahren ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Es handelt sich um eine subjektive Zulassungsschranke. Eine andere Frage ist, ob die betreffende Hochschule vor Gericht in einem Rechtsstreit jeweils beweisen kann, daß gerade die Aufnahme eines weiteren Bewerbers ihre Funktionsfähigkeit entscheidend beeinträchtigt. [...]

Info:

BVerfG: Bundesverfassungsgericht. "Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wacht über die Einhaltung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Seit seiner Gründung im Jahr 1951 hat das Gericht dazu beigetragen, der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Ansehen und Wirkung zu verschaffen. Das gilt vor allem für die Durchsetzung der Grundrechte."

(Hesselber, Dieter: *Das Grundgesetz: Kommentar zur politischen Bildung*. Berlin 1996, S. 134-136.)

Arbeitsaufträge

1. Was bedeutet Artikel 12,1 GG nach herrschender Rechtsauffassung für einen Ausbildungsplatzsuchenden?
2. Kann aus Artikel 12,1 abgeleitet werden, daß der Staat Jugendliche mit Ausbildungsplätzen versorgen muß (Anrecht/ Grundrecht auf einen Ausbildungsplatz)?
3. Was bedeutet die "Stufentheorie" für die Ausbildungsplatzsuchende?

M 30 Art. 14, 2 GG [Eigentum verpflichtet]

Art. 14 GG

(2) *Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.*

Art. 14 Abs. 2 normiert die Sozialpflicht des Eigentums. Man spricht auch von der »Sozialbindung« oder der »sozial-ethischen Eigentumsbindung«. Gemeint ist damit, daß das Eigentum nicht zum ausschließlichen Nutzen des einzelnen (»Privatnützigkeit«), sondern gleichzeitig auch zum Wohle der Allgemeinheit (»Gemeinnützigkeit«) verwendet werden soll. Natürlich bezieht sich die Sozialgebundenheit des Eigentums nicht mit gleicher Intensität auf alle Gegenstände; Kleidung, Nahrungsmittel, Schmuck, überhaupt alle Gegenstände, die ihrer Art nach vorzugsweise zur

Befriedigung persönlicher Bedürfnisse bestimmt sind, unterliegen dieser Bindung weit weniger als Gegenstände, deren Verwendung gleichzeitig Interessen der Allgemeinheit berührt. Das ist etwa bei dem Eigentum an Grund und Boden und an den Produktionsmitteln der Fall. [...]

Bei Grundstücken betraf das Nutzungsrecht des Eigentümers von jeher in erster Linie die Oberfläche des Grundstücks, während die Berechtigung, auf die im Erdkörper enthaltenen Stoffe zuzugreifen, stets weitgehenden Einschränkungen unterlag. Selbst die Befugnis, über Grundstücke zu verfügen und diese zu nutzen, ist in mannigfacher Richtung verfassungsmäßigen Beschränkungen unterworfen. Die Möglichkeit, ein Grundstück wirtschaftlich sinnvoll zu verwenden, hängt in aller Regel nicht davon ab, daß dort Grundwasser gefördert werden kann oder daß sich der Eigentümer des Grundwassers »erwehren« muß. Aus der verfassungsrechtlichen Garantie des Grundeigentums läßt sich nicht ein Anspruch auf Einräumung gerade derjenigen Nutzungsmöglichkeit herleiten, die dem Eigentümer den größtmöglichen wirtschaftlichen Vorteil verspricht (BVerfG 58, 345).

(Hesselber, Dieter: *Das Grundgesetz: Kommentar zur politischen Bildung*, Berlin 1996, S. 143-146.)

Arbeitsaufträge

1. Was bedeutet die Sozialpflichtigkeit des Eigentums?
2. Was bedeutet Artikel 14,2 GG nach herrschender Rechtsauffassung für einen Ausbildungsplatzsuchenden?

M 31 Art. 20,1 GG [Sozialstaatsprinzip]

Art. 20 GG

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Allgemeines

Art. 20 enthält eine »Verfassung in Kurzform«. In ihm sind tragende Grundsätze unseres Staatsaufbaus enthalten, die gemäß Art. 79 Abs. 3 auch nicht im Wege der Verfassungsänderung beseitigt werden könnten. Art. 20 entwirft das Ideal der »sozialen Demokratie in den Formen des Rechtsstaats« (BVerfG 5, 85/198). [...]

Entscheidung für den Sozialstaat

Mit der Entscheidung für den Sozialstaat wird die immer wieder gestellte Forderung nach sozialer Gerechtigkeit zu einem leitenden Prinzip aller staatlichen Maßnahmen erhoben. Die Sozialstaatlichkeit bezeichnet den Inbegriff aller Pflichten des Staates, die Achtung der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1) und das damit unlösbar verbundene Rechtsstaatsprinzip speziell im sozialen Bereich zu verwirklichen.

Die »Sozialstaatsklausel« des GG fordert nicht die Einrichtung eines totalen Wohlfahrtsstaates; sie impliziert auch nicht die Forderung nach einer ausschließlich staatlich gelenkten und organisierten Wirtschaftsordnung. Sie erstrebt aber die annähernd gleichmäßige Verteilung der Lasten (BVerfG 5, 85/ 198). Zwischen

dem ebenfalls verfassungsrechtlich geforderten Schutz der persönlichen Freiheit des einzelnen und der Forderung nach einer sozialstaatlichen Ordnung besteht allerdings eine unaufhebbare und grundsätzliche Spannungslage (BVerfG 10, 354/370). Der Gesetzgeber hat deshalb bei Entscheidungen zwischen diesen beiden verfassungsrechtlichen Grundsätzen einen gewissen Spielraum; seine Entscheidung zugunsten der Freiheit der persönlichen Entfaltung des einzelnen ist jedenfalls dann nicht zu beanstanden, wenn eine andere Lösung durch das Sozialstaatsprinzip nicht unbedingt geboten ist (BVerfG 18, 257/267).

Die Entscheidung für die Sozialstaatlichkeit hat ungeachtet des Spannungsverhältnisses zum Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit in vielen Bereichen erhebliche Auswirkungen:

- a. Aus dem Sozialstaatsprinzip ergibt sich in Verbindung mit dem Grundrecht der Würde des Menschen ein Anspruch des einzelnen gegen den Staat, für ihn im Falle seiner - verschuldeten oder unverschuldeten - Bedürftigkeit so zu sorgen, daß sein Existenzminimum gesichert ist (»Fürsorgeanspruch«). Der Bundesgesetzgeber hat dementsprechend das Bundessozialhilfegesetz erlassen, das die Einzelheiten der Sozialhilfe regelt.
- b. Der Staat ist auch verpflichtet, im weiten Bereich der sog. Daseinsvorsorge (z. B. Versorgung mit Gas, Wasser, Strom; Bereitstellung öffentlicher Verkehrsmittel; Gesundheitsvorsorge; Schulwesen; Arbeitsvermittlung) Leistungen zugunsten des einzelnen zu erbringen. Er braucht dies allerdings nicht immer kostenlos zu tun, sondern kann dafür eine zumutbare Gegenleistung in Geld fordern.
- c. Das Sozialstaatsprinzip beschränkt auch den Grundsatz der Vertragsfreiheit. Deshalb ist beispielsweise eine gesetzliche Regelung nicht verfassungswidrig, die es ermöglicht, aus gesamtwirtschaftlichen und sozialen Gründen die zum Nutzen des allgemeinen Wohls gebotenen preisrechtlichen Maßnahmen zu treffen (BVerfG 8,274/329; 21, 87/91).
- d. Die Zwangsversicherung bestimmter Gruppen ist ebenfalls Ausfluß des Sozialstaatsprinzips. Die Vorsorge für Krankheit, Alter, Unfall usw. rechtfertigt die zwangsweise Versicherung des einzelnen, wenn dieser entweder nur teilweise eigene Leistungen dafür einbringt oder sonst mit hoher Wahrscheinlichkeit für den Staat eine derart hohe Belastung einträte, daß er seinen soziale Verpflichtungen nur noch im beschränkten Umfang nachkommen könnte.
- e. Aus dem Sozialstaatsprinzip folgt auch das Gebot einer sozialen Steuer Politik (BVerfG 13, 331/347). Die unübersichtliche und manchmal aus sich heraus nicht ganz verständliche Steuergesetzgebung entspricht gegenwärtig dieser Forderung nicht immer. Eine grundsätzliche Steuerreform wurde zwar mehrmals angekündigt, aber immer wieder verschoben.

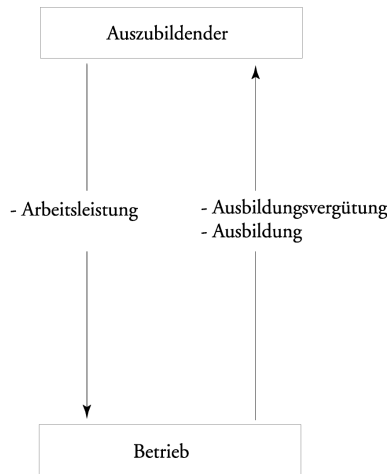
(Hesselber, Dieter: *Das Grundgesetz: Kommentar zur politischen Bildung*, Berlin 1996, S. 167-173.)

Arbeitsaufträge

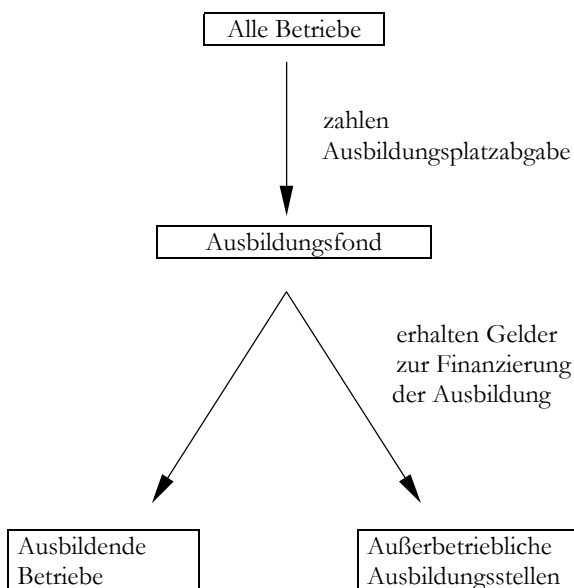
1. Erklärt die Sozialstaatsklausel des GG in eigenen Worten.

2. Beschreibt wichtige Auswirkungen der Sozialstaatsklausel.
3. Was bedeutet die Sozialstaatsklausel nach herrschender Rechtsauffassung für einen Ausbildungsplatzsuchenden?

M 32 Grundkonzept der Ausbildung



M 33 Grundkonzept einer Ausbildungsplatzabgabe



M 34 Solidarische Finanzierung der Berufsausbildung

Für eine zukunftsorientierte Ausbildung

[...] Berufsausbildung darf sich nicht alleine an kurzfristigen Anforderungen der Wirtschaft orientieren. Sie muß vielmehr langfristig angelegt sein, um für die Zukunft eine solide Wissensbasis zu schaffen. Und sie muß jedem / jeder Jugendlichen überhaupt die Chance geben, eine zukunftsorientierte Ausbildung zu absolvieren.

In den letzten Jahren hat eine unübersehbar große Anzahl von Betrieben in den alten Bundesländern ihr Ausbildungsplatzangebot drastisch reduziert. 'Zu teuer'

lautete die kurzsichtige Diagnose. Kurzsichtig - weil viele Unternehmen dabei übersehen, daß ihnen in nicht allzu ferner Zukunft gut ausgebildetes Personal fehlen wird. Personal, das teuer 'eingekauft', angelernt und weiterqualifiziert werden muß.

In den neuen Bundesländern sieht die Situation nicht anders aus: Dort wurden nach der Wende erst gar keine Ausbildungsplätze in entsprechender Zahl geschaffen. Mehrfach mußte die Bundesregierung mit Sonderprogrammen einspringen, um überhaupt eine nennenswerte Zahl an Ausbildungsplätzen bereitzustellen. Dabei gilt für die neuen Bundesländer, was für die alten schon lange galt: "Qualifizierter Fachkräftenachwuchs und ein attraktives, modernes Bildungssystem sind Grundpfeiler der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland!" [...]

Nicht zufällig spielt für die Unternehmen die Frage der Kosten für die Ausbildung eine wesentliche Rolle. Diese Kosten waren schon in der Vergangenheit sehr ungleich verteilt. Lediglich ein Drittel der Unternehmen hat ausgebildet - und damit die Kosten für die übrigen zwei Drittel mit übernommen. Kosten, die diese Unternehmen heute nicht mehr alleine tragen wollen und können. Um langfristig sicherzustellen, daß es genügend Ausbildungsplätze gibt und um einen drohenden Fachkräftemangel zu vermeiden, ist es notwendig, die Kosten der Ausbildung gerechter zu verteilen. [...]

Existierende Modelle

Seit beinahe zwanzig Jahren existiert im Baugewerbe ein Tarifvertrag, der die Qualität der Ausbildung und die Sicherung des Nachwuchses zum Ziel hat. Zur Zeit zahlen die Arbeitgeber des Baugewerbes 2,8 Prozent der Bruttolohnsumme in einen Fonds ein. Aus diesem Fonds werden zu einem großen Teil die Ausbildungsvergütungen, das Urlaubsgeld und die Kosten für die überbetriebliche Ausbildung erstattet. Ein ähnliches Modell existiert im Schornsteinfegergewerbe.

Eine gesetzliche Umlagefinanzierung gibt es in Dänemark und in Frankreich. 90 Prozent des Azubi-Gehalts bekommen die dänischen Arbeitgeber seit Anfang 1995 während der Berufsschulzeit ersetzt. Für jeden Ausbildungsvertrag und für die laufenden Kosten durch überbetriebliche Ausbildung gibt es feste Zuschüsse.

Den Ausbildungsplatzabbau gestoppt

Ähnlich funktioniert es in Frankreich, wenn auch die Ausbildungsabgabe mit der Steuer zu entrichten ist. Beiden Modellen gemein ist, daß die Höhe der Abgabe jeweils nach den zu erwartenden Schulabgängerzahlen festgelegt wird. Und etwas anderes haben beide Modelle gemeinsam: Wenn auch nicht problemfrei, so sind sich jeweils Dänen und Franzosen einig, daß es ohne diese 'Umlagefinanzierung' in beiden Ländern schlecht um die Ausbildung bestellt wäre. In Frankreich wurde so der Ausbildungsplatzabbau mindestens gestoppt, in Dänemark hat die Zahl der Ausbildungsplätze in letzter Zeit wieder zugenommen.

Eckwerte für ein Bundesgesetz

Die Arbeitsgruppe "Umlagefinanzierung" beim DGB-Bundesvorstand hat Eckwerte für einen gesetzlichen Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben vorgelegt, der für ein ausrei-

chendes Angebot betrieblicher Ausbildungsstellen sorgen soll. Danach wird ein Fonds eingerichtet, in den jedes Unternehmen, jeder Betrieb und jede Verwaltung eine Abgabe entrichtet. Diese Abgabe soll Jahr für Jahr neu festgelegt werden. Ihre Höhe richtet sich nach der Zahl der BewerberInnen um einen Ausbildungsplatz.

Ausbildungskosten werden angerechnet

Da es nicht das Ziel sein soll, möglichst viel Geld einzunehmen, sondern stattdessen vielen Unternehmen einen Anreiz zur Ausbildung zu bieten, sollen ausbildende Betriebe ihre Ausgaben in Vorabzug bringen. Nur so ist sichergestellt, daß nicht erstmal ein Teil der Abgabe für eine Bürokratie aufgewendet werden muß, die mit nichts anderem beschäftigt ist, als das Geld einzuziehen, um es später wieder zurückzuzahlen. Darüber hinaus entsteht aber auch ein Anreiz zur Ausbildung erst, wenn die Abgabe hoch genug ist. [...] Dieses Geld soll verwendet werden, um bei ausbildungsbereiten Unternehmen zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze "einzukaufen". Ausbildungsplätze allerdings, die den jeweiligen AbsolventInnen auch eine vernünftige Zukunftschance eröffnen müssen.

Unbürokratisch und flexibel

Schon einmal - in den siebziger Jahren - hat es einen Entwurf für ein derartiges Gesetz gegeben. Damals lauteten die Argumente der Gegner, eine solche Lösung sei zu unflexibel, bürokratisch und schon deshalb nicht durchführbar.

Beim neuen Vorschlag des DGB geht es ganz einfach: Auf einem simplen Formblatt geben die Unternehmen die Höhe der Bruttolohn- bzw. Bruttoentgeltsumme an, aus der sich die zu zahlende Ausbildungsabgabe errechnet. Davon abgezogen werden die Aufwendungen für Auszubildende im Betrieb und eventuelle zusätzliche Aufwendungen für Ausbildung. Übrig bleibt der zu zahlende Betrag, der zusammen mit den Krankenkassenbeiträgen abgeführt wird. [...]

Die Verwaltung der Abgabe soll bei der Bundesanstalt für Arbeit angesiedelt werden. Durch die Struktur der Bundesanstalt - ein Arbeitsamt gibt es fast überall - wäre sichergestellt, daß die Gelder vor Ort nach den jeweils vorhandenen Bedürfnissen eingesetzt werden. Jugendliche sollen dort einen Ausbildungsplatz finden, wo sich auch die Chance auf eine berufliche Zukunft eröffnet. Und da sind die Verwaltungsausschüsse der örtlichen Arbeitsämter eben bestens zur Beurteilung geeignet: Bei den notwendigen Entscheidungen über Fortbildungs-, Umschulungs- und Arbeitsförderungsmaßnahmen sind die Verwaltungsausschüsse bereits heute die maßgeblichen Gremien, da sie die regionale Struktur besser kennen als eine Behörde in Bonn, Berlin oder anderswo. Außerdem sind hier alle vertreten, die eingezogen werden müssen: Arbeitgeber, Arbeitnehmer und öffentliche Hand. [...]

Info:

Von der festgelegten Ausbildungsplatzabgabe werden die Ausbildungskosten abgezogen, d.h. in Vorabzug gebracht, der Differenzbetrag (soweit dieser positiv ist) wird in den Ausbildungsfond eingezahlt.

(DGB Deutscher Gewerkschaftsbund, Abteilung Jugend (Hrsg.): Perspektive Jetzt: Solidarische Finanzierung der Berufsausbildung. Düsseldorf 1996.)

Arbeitsaufträge

1. Stellt Thesen dazu auf, aus welchen Gründen viele Betriebe nicht ausbilden.
2. Durch eine Ausbildungsplatzabgabe soll das Ausbildungsplatzangebot sowie die Qualität der Ausbildung verbessert werden. Erläutert diesen Lösungsansatz.

M 35 Keine Umlagefinanzierung in der Berufsausbildung

1. Zwangsumlage verursacht Mehrkosten

Eine Zwangsabgabe trifft alle Unternehmen. Auch diejenigen, die nach Gesetz nicht ausbilden dürfen oder die zwar ausbilden wollen, denen aber geeignete Bewerber fehlen. Jeder Betrieb, der aus betriebsindividuellen Gründen (z.B. fehlender Personalbedarf!) nicht ausbildet, wird rigoros mit Kosten belastet. Das ergibt einen erheblichen zusätzlichen Kostenschub in der Wirtschaft.

Zudem wird nach vorliegenden Konzepten die Abgabe u.a. pauschal nach den durchschnittlichen Ausbildungskosten für die Gesamtwirtschaft bzw. für einzelne Sektoren berechnet. Durch diese Pauschalierung werden zwangsläufig beruf- und betriebliche, aber auch regionale Unterschiede bei den realen Kosten der Ausbildung vernachlässigt. Viele Ausbildungsbetriebe werden so zusätzlich zu ihren Ausbildungskosten noch durch Pauschalberechnungen mit Abgaben belastet.

Die Unternehmen müssen die Bürokratiekosten einer Abgabe mitfinanzieren. Dies umfaßt den betriebsinternen Verwaltungsaufwand, der mit der Abgabe verbunden ist, vor allem aber auch die Bürokratiekosten, die bei der entsprechenden Verwaltungsbehörde anfallen. Diese Behörde errechnet, erhebt, verteilt und mahnt die Gelder an. Allein die Finanzierung dieser Verwaltungskosten führt dazu, dass sich Ausbildung volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich erheblich verteuert.

Darüber hinaus sind weitere Kostenerhöhungen zu erwarten, weil wesentliche Teile der Umlage-Gelder für mehr Ausbildung in außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen verwendet werden, da betriebliche Ausbildungsplätze nicht eingekauft werden können. Diese Ausbildung ist aber wesentlich teurer als die betriebliche!

Wie teuer Zwangsumlagen werden können, belegen die Erfahrungen der Bauwirtschaft mit dem Ausbildungsfonds. Zwar aus guten Gründen in diesem Wirtschaftsbereich auch von den Unternehmen mitgetragen, mußten die Betriebe dennoch erleben, wie sich die Abgaben an den Fonds rasch verfünffacht haben. Der Abgabesatz stieg von anfangs 0,5 Prozent auf 2,8 Prozent der Bruttolohn- und -gehaltssumme.

2. Umlage verstärkt gewerkschaftliche Mitbestimmung

Die von den Gewerkschaften heute geforderten Mitbestimmungsrechte bei der Verteilung einer Ausbildungsumlage (über die Bundesanstalt für Arbeit oder jede andere Verteilungsbürokratie) müssen in ihrer vollen Tragweite gesehen werden: Während bei der bewährten einzelbetrieblichen Investition in die Ausbildung das Unternehmen nach eigenen Zielen entscheidet, erfolgt die Verteilung der Fondsgelder durch

Kommissionen unter gewerkschaftlicher Mitbestimmung und mit ausschließlich bildungspolitischen Zielen.

3. Ausbildungsbereitschaft der Betriebe geht zurück

Betriebe werden sich durch Zahlung der Umlage von der Ausbildung freikaufen, weil dies unter kurzfristigen Aspekten rationaler erscheint.

Sie könnten auf die "Umlage-Illusion" vertrauen, daß mit Hilfe ihrer Abgabe andere ausbilden werden. Dieses Vertrauen in die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte durch andere Unternehmen verringert die einzelbetriebliche Ausbildungsbereitschaft und führt gesamtwirtschaftlich zu Fachkräftemangel!

Das privatwirtschaftliche Ausbildungsengagement der Betriebe -und damit ihre Verantwortung - läßt sich nicht "kaufen", denn es hängt wesentlich vom erwarteten Bedarf ab. Die Bereitschaft zur Ausbildung des eigenen Fachkräftenachwuchses geht durch eine Umlagefinanzierung verloren.

4. Qualität der Ausbildung geht zurück

Eine Umlage wird zu mehr außerbetrieblicher Ausbildung führen, weil die Bewerberwünsche verstärkt berücksichtigt werden. Hauptmanko außerbetrieblicher Ausbildung ist ihre Betriebsferne. Dem aufnehmenden Betrieb entstehen weitere Kosten, da die fehlende Berufserfahrung und Betriebsintegration außerbetrieblich Ausgebildeter zu zusätzlichen Einarbeitungs- und Weiterbildungskosten direkt nach der Ausbildung führt. Insgesamt wird das Qualifikationsniveau der Ausgebildeten durch starke Ausdehnung im außerbetrieblichen Ausbildungsbereich absinken.

5. Mehr "Gerechtigkeit" für Mittelstand nicht erkennbar

Umlage-Verfechter behaupten, daß ihr Ansatz gerade für kleine und mittlere Unternehmen mehr "Gerechtigkeit" bringe. Sie verweisen auf die hohe Ausbildungsleistung des Mittelstandes sowie auf die Umverteilung der Belastungen von kleinen/mittleren Unternehmen zu Großunternehmen durch einen Fonds.

Auch vor dieser Illusion muß gewarnt werden: Denn kleine und mittlere Ausbildungsbetriebe leiden vielfach unter dem Mangel an geeigneten Bewerbern und einer zu geringen betrieblichen Ausbildungszeit. Auch hier kann die Umlage keine Abhilfe schaffen.

Ausbildung ist kein "Handikap" für den Mittelstand, sondern ein realer Vorteil für kleine und mittlere Unternehmen dies wollen die Umlage-Befürworter nicht sehen!

6. Zwangsumlage Ist Berufslenkung

Die Verwendung der Umlage wird zur Berufslenkung führen. Dies wiederum wird zwangsläufig die Unternehmen benachteiligen. So werden in aktuellen Vorschlägen für eine Umlagefinanzierung vorrangig die "Wünsche der Bewerber als Kriterium der Mittelverwendung angeführt. Eine am Bewerberwunsch orientierte Vergabepolitik deckt sich sehr häufig nicht mit dem konkreten Bedarf der Unternehmen. Damit werden nicht nur Umlage-Mittel verschwendet, sondern fehlausbildete Fachkräfte mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko sind die Folge - bei zugleich steigendem

Fachkräftemangel in anderen Bereichen der Wirtschaft. Zudem meinen die Befürworter einer Umlage, daß eine großbetriebliche Ausbildung "besser sei als eine in kleinen und mittleren Unternehmen; zugleich wird eine teure Ausbildung pauschal als bessere gegenüber einer preiswerten Ausbildung angesehen. Dies ist ein Irrtum der sich bei der Verteilung der Umlage-Gelder insbesondere zu Lasten des Mittelstandes auswirkt.

7. Berufswünsche der Bewerber verändern sich nicht

Am Berufswahlverhalten wird sich kaum etwas ändern. Der Trend hin zu zahlreichen kaufmännisch-verwaltenden Berufen bei gleichzeitig wenigen Bewerbern in den gewerblichen Berufen wird auch durch eine Zwangsumlage nicht verändert. Unternehmen werden nach wie vor Lehrstellen anbieten, für die sie keine oder keine geeigneten Bewerber finden.

Für diese Unternehmen wird die Umlage damit - neben dem Problem ausbleibenden Nachwuchses - zu verstärkten Kostenbelastungen führen, denn sie werden voll in den Umlage-Topf einzahlen müssen.

8. Zwangsumlage kann nicht Zahl und Qualität der Bewerber verändern

Die Zahl der Nachwuchsfachkräfte hängt hauptsächlich von der Geburtenentwicklung ab. Diese wird nicht von einer Umlage beeinflusst. Mögliche Nachwuchssorgen der Unternehmen können damit nicht durch eine Umlage behoben werden. Am sektoralen oder regionalen Nachwuchsmangel ändert sich nichts.

Ebenfalls nicht durch eine Abgabe gelöst wird das Problem zunehmender Mängel insbesondere der schulischen Vorbildung von Bewerbern. Die mangelnde Ausbildungsreife aber führt in hohem Maße zur Ablehnung von Bewerbern, obwohl ein betrieblicher Ausbildungsbedarf besteht! Eine Zwangsumlage wird dieses wesentliche Hindernis beim Abschluß von Ausbildungsverträgen nicht beseitigen.

9. Zwangsumlage läßt Nutzen außer Betracht

Die mit einer Zwangsumlage verknüpfte Diskussion über die Kosten der betrieblichen Ausbildung läßt den mit einer Ausbildung verbundenen Nutzen unberücksichtigt. Der mittelbare und unmittelbare Betriebsnutzen einer eigenen Ausbildung ist viel höher als vermutet - insbesondere durch geringere Personalbeschaffungskosten; Einsparung von Einarbeitungskosten; Minimierung von Fehlbesetzungsrisiken; Verringerung der Fluktuationskosten; Stabilisierung der Lohn- und Gehaltsstruktur.

Eine gerechtere Lösung über eine Umlage ist also nicht zu erreichen.

10. Zwangsumlage international gescheitert

Erfahrungen anderer Länder mit einer Zwangsumlage für Ausbildung belegen die Probleme. So setzt man in Frankreich, oft als beispielhaftes Umlage-Land angeführt, seit 1925 auf einen Ausbildungsfonds, der aus Abgaben der Unternehmen finanziert wird. Erfolglos! Nicht nur die Jugendarbeitslosigkeit ist extrem hoch, es ist auch keine "Ausbildungskultur" der Unternehmen entstanden. Weder Qualität noch Quantität betrieblicher Ausbildung sind gesichert. Zudem plant der französische Staat jetzt die Umlage auch bei den

Unternehmen pauschal zu erheben, die ausbilden. Über die Umlage soll dort also der Staatshaushalt mit saniert werden. Eine Gefahr, die immer mit Umlagen einhergeht.

FAZIT: Zwangsumlage: Schaden statt Nutzen

Viele Länder mit Problemen wie hoher Jugendarbeitslosigkeit und geringem Qualifikationsniveau der Beschäftigten beobachten aufmerksam die Erfolge unseres Bildungssystems, um daraus zu lernen.

In Deutschland hingegen wird das duale System der Berufsausbildung zur Zeit zerredet.

- 1,5 Mio. Auszubildende heute,
- ein kontinuierlicher Strom gut qualifizierten Fachkräftenachwuchses in die Unternehmen - eine Eigenleistung der Wirtschaft,
- geringe Jugendarbeitslosigkeit,
- ein hohes qualifikatorisches Niveau der Mitarbeiter.

Das sind die besten Argumente für das duale System und die einzelbetriebliche Finanzierung!

Eine derart tiefgreifende Veränderung, wie sie eine Zwangsumlage darstellen würde, gefährdet die positiven Ergebnisse des dualen Systems, ja seine gesamte Existenz.

Die Soziale Marktwirtschaft hat viele harte Proben bestanden. Wichtige Erfolgsfaktoren unseres Wirtschaftssystems sind die Eigenverantwortung der Betriebe und die Zurückhaltung des Staates. Dem stehen die mangelhaften Ergebnisse gelenkter Volkswirtschaften, in denen Staatseingriffe üblich sind, gegenüber. Eine Zwangsumlage wäre ein massiver Eingriff in betriebliche Personal- und Investitionspläne. Eine Änderung der Finanzierung der Berufsausbildung wird deshalb von der Wirtschaft abgelehnt. Die Förderung der Berufsausbildung und der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe muß bei der Verbesserung der Standortbedingungen für Unternehmen in Deutschland ansetzen. Dafür aber sind Kostenentlastungen entscheidend. Die mit einer Umlage einhergehende Belastung bringt dagegen - zusätzlich zu den weiteren negativen Nebeneffekten dieses Ansatzes - erhebliche Gefährdungen des Wirtschaftsstandortes Deutschland!

(Aus: Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung: Zur Finanzierung der Berufsausbildung. Die zehn wichtigsten Argumente gegen eine Ausbildungsumlage. Bonn.)

Arbeitsaufträge

Faßt die Argumentation in Stichworten zusammen.

M 36 Selbstverantwortung als erste Lektion Wie Dänemark sein Berufsbildungssystem radikal erneuert hat

Das vertraute Klassenzimmer mit seiner starren Sitzordnung hat in dänischen Berufsschulen ausgedient. Stattdessen schufen die 110 berufsbildenden Schulen des nordischen Königreichs "offene Lernräume", in denen alle Schüler ihren Arbeitsplatz besitzen. Dänische Berufsschulpädagogen verstehen sich weniger als Wissensvermittler, sie wachsen allmählich in die Rolle von Betreuern.

So unterstützen sie die Schüler dabei, ihr Wissen

zunehmend selbständiger zu erwerben. Nicht selten waren die Lehrer zuvor in Betrieben oder Banken tätig und können den Unterricht durch wertvolle außerschulische Erfahrungen bereichern.

Vor einem Jahrzehnt im Parlament beschlossen, hat die dänische Bildungsreform die Unterrichtspraxis an den Berufsschulen so radikal verändert, dass man oft von einer Revolution spricht. Zwar beruht die berufliche Bildung auch dort auf Qualifikationen, die in einem verbindlichen Lehrplan festgeschrieben sind. Lernenden dabei helfen, ihre individuellen Fähigkeiten zu entwickeln und Teilqualifikationen zu erwerben, steht jedoch im Vordergrund des dänischen Modells, in dem Schüler Verantwortung für ihren Lernerfolg übernehmen. Statt sein Versagen zu bestrafen, wird die Stärke des Einzelnen gefördert.

Jugendliche, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, können sich vollständig in der Berufsschule ausbilden lassen. Dänemarks durchlässiges und dynamisch angelegtes Bildungssystem erlaubt ihnen jederzeit, reibungslos in einen Betrieb überzuwechseln. Inzwischen ist die nationale Quote der Jugendarbeitslosigkeit um zwei Drittel zurückgegangen.

Im Vergleich zum Durchschnitt der EU-Länder ist sie halb so hoch. Dass die Gütersloher Bertelsmann Stiftung den diesjährigen Carl-Bertelsmann-Preis zum Thema "Berufliche Bildung der Zukunft" diesmal Dänemark zusprach, hat jedoch noch andere Gründe: In keinem Land Europas beteiligen sich Sozialpartner, Unternehmen, Staat, Schulverwaltungen und Lehrer aktiver und vorbehaltloser an der gemeinsamen Verbesserung ihres Bildungssystems. Und nirgends verfügen Schulen mittlerweile über größere Freiräume: Lehrplan und Budgetverwaltung fallen weitgehend in ihre Zuständigkeit. In Verträgen wurde nicht nur der staatliche Förderanteil festgeschrieben, dort verpflichteten sich die Bildungsstätten auch, selbst Geld zu erwirtschaften. So bieten sie etwa regionale Unternehmen maßgeschneiderte Fortbildungskurse an oder übernehmen die Qualifizierung von Berufsschullehrern in Ost- und Mitteleuropa. Als regionale "Kompetenz- und Wissenszentren", wie Dänemarks Berufsschulen heute genannt werden, konkurrieren sie um Kunden.

Wie in allen nordischen Ländern üblich, hält sich in Dänemark der Zentralstaat im Hintergrund, indem er Bildungsziele vorgibt und die nötigen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen schafft. Solange paritätisch besetzte Beiräte und Branchenkomitees Probleme - etwa die laufende Anpassung der Berufsschulausbildung an die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts - miteinander lösen können, hält sich das Bildungsministerium betont zurück.

(Veser, Thomas: Selbstverantwortung als erste Lektion. In: Sueddeutsche Zeitung, 06.10.1999.)

Arbeitsaufträge

Beschreibt das dänische Ausbildungssystem und nennt Besonderheiten.

M 37 Lehrer als Unternehmer

Dänemark erhält den Bertelsmann-Preis für seine Berufsbildung

Unscheinbar wirkt das Gebäude der Købmandsskole in der dänischen Stadt Apenrade, funktional wie ein Krankenhaus. Halt so eine kaufmännische Berufsschule, denkt der Besucher. Und solche Häuser sollen nun das Beste an beruflicher Bildung auf der ganzen Welt beherbergen? Für seine berufliche Bildung erhielt Dänemark in der vergangenen Woche den mit 300 000 Mark dotierten Carl-Bertelsmann-Preis der gleichnamigen Stiftung.

Sobald der Besucher die Berufsschule betritt, fängt er an, sich zu wundern. Drinnen scheint es heller zu sein als draußen. Über einer Piazza, an der sich Flure kreuzen, eine hohe Glaspypiramide. Darunter Tische, Stühle, ein Kaffeeautomat. Zeitungen, sogar internationale Zeitschriften liegen aus. Einen Flur weiter: ein Internet-Café. Bis 22 Uhr hat es geöffnet. Mit einer Magnetkarte kommen Schüler und Kursteilnehmer demnächst auch am Wochenende jederzeit an die Computer. Eine Stimmung wie in einer Akademie. Ist das wirklich eine Berufsschule?

Ein paar Straßen weiter liegt das Gewerbeschulzentrum für Apenrade und Süddänemark, das EUC SYD. Auch hier gleich neben dem Eingang das Internet-Café. Alle 30 Plätze sind am späten Nachmittag belegt. Die jungen Cafébesucher arbeiten an Projekten aus der Berufsschule, recherchieren im Netz - oder vergnügen sich mit Computerspielen. Einige chatten im Internet oder verschicken E-Mails. An den Wänden hängen Kunstwerke. Schon in der Købmandsskole war das aufgefallen. Hier selbst in der Kfz-Werkstatt: Bilder - und zwar Originale. 100 000 Kronen, etwa 26 000 Mark, hält die Schule in ihrem Jahresetat für den Ankauf von Kunst bereit. Der Besucher glaubt zuerst, sich verhöhrt zu haben. "Noch nie sind Bilder vandalisiert worden", sagt Paul W. Lorenzen, Abteilungsleiter für Umwelt und Lernmilieu. Er kennt schon die ungläubigen Blicke ausländischer Besucher. Vor allem die Deutschen trauen bei einem Rundgang nach kurzer Zeit ihren Augen nicht mehr. "Hängen Sie die Bilder bei Schulfesten ab?" wollte kürzlich einer wissen. "Nein, dann würden wir lieber keine Feste mehr feiern", sagt Lorenzen. "Wir zeigen den Schülern damit unsere Werte. Was uns wichtig ist, müssen wir zeigen und vor allem leben, aber nicht predigen." Lorenzen ist beim Gewerbeschulzentrum EUC SYD, wie er sagt, "für die Schaffung eines angenehmen Lernmilieus" zuständig. Aber etwas extravagant sei eine Berufsschule voller Kunst doch schon? Der freundliche Däne wird streng. "Das ist gar nicht extravagant, mein Herr, das ist so nötig wie Stühle und Tische."

[...] "Die weichen Kompetenzen Teamarbeit, Selbständigkeit und Planung werden zu den neuen harten Kompetenzen", sagt Andy Andresen vom dänischen Gewerkschaftsbund in Kopenhagen. Die bisher als einzig hart geltende Währung der Industriegesellschaft, das Fachwissen, trete an die zweite Stelle, denn was fachlich nötig ist, verändert sich zu schnell. Es reiche nicht einmal, mit Innovationen mithalten zu wollen. Man müsse lernen, selbst innovativ zu sein, und man müsse auch "ablernen" können. Roland Osterlund aus

dem Kultusministerium in Kopenhagen erfand dieses Wort. Maximien wie "Eisen erzieht" waren in Dänemark nie erfolgreich. Man setzte dort in der Bildung immer ebenso sehr auf die angeblich nutzlose Kunst wie auf die Würde der beruflichen Praxis.

Der dänische Bildungsoptimismus hat Tradition. Als der Staat im Jahr 1813 nach dem Krieg mit England Bankrott ging, wurden die Ausgaben für Bildung erhöht, insbesondere für die Akademie der schönen Künste. Auf den Protest des Finanzministers antwortete König Christian VIII.: "Arm und elend sind wir. Wenn wir jetzt auch noch dumm werden, können wir aufhören, ein Staat zu sein."

1989 beschloss das Parlament in Kopenhagen eine grundlegende Reform der beruflichen Bildung, 1991 trat sie in Kraft. Vorausgegangen war ein Ringen um den Konsens zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Sie vor allem haben die Reform ausgehandelt. Mit den Parteien wurde sie abgestimmt, vom Ministerium formuliert und schließlich im Parlament verabschiedet. Schulen und Betriebe bekamen zwei Jahre Zeit, sich vorzubereiten. Wirkungen stellten sich schnell ein. Seit 1993 ist in Dänemark die Jugendarbeitslosigkeit von 13 auf 4,2 Prozent gesunken. Dabei hat das Land den höchsten Beschäftigungsgrad in der Europäischen Union.

Berufsschulen in Dänemark sehen ihr Kultusministerium nicht mehr als übergeordnete Behörde, sondern als einen Kunden. Manche Schulen verdienen bereits 40 Prozent ihres Etats selbst, sei es auf dem freien Bildungsmarkt oder aus staatlich finanzierten, aber öffentlich ausgeschriebenen Projekten. Das Gesetz hat die Berufsschulen zu selbstständigen Unternehmen gemacht. Das Ministerium formuliert Kompetenzziele, keine Lehrpläne. Die Schulen suchen eigene Wege, diese zu erreichen. Geld erhalten Schulen für die Auszubildenden vom Kultusministerium, für andere Kursteilnehmer zahlen entweder das Arbeitsministerium, die Betriebe oder die Teilnehmer selbst. Der Souverän einer jeden Schule ist der Vorstand. In ihn werden Vertreter der Wirtschaft, der Arbeitnehmer und der Kommune entsandt. Lehrer und Schüler haben in diesem Verfassungsorgan öffentlich-rechtlicher Schulunternehmen Sitz ohne Stimmrecht. Der Vorstand verabschiedet das Budget, stellt den Schulleiter ein und kann ihn auch entlassen. "Früher war ja das Ministerium alles für uns", erinnert sich Torben Jessen, Direktor der Købmandsskole in Apenrade. "Wir mussten immerzu fragen, ob wir was tun durften. Ab 1991 sollten wir nicht mehr fragen, sondern herausfinden, was wir als Schule wollen." Nun nennt der Schulleiter das Kultusministerium seinen Kunden.

Die Macht zu entscheiden geben Vorstand und Schulleiter nach unten weiter. An der kaufmännischen Schule in Apenrade arbeiten Teams von jeweils 20 Lehrern weitgehend autonom. Sie verwalten ihr Geld. Sie entscheiden gemeinsam mit dem Schulleiter, wer eingestellt wird. Sie erarbeiten auch ihre Curricula und Kursangebote und stehen mit Lehrerteams anderer Schulen im Kontakt. Lehrerzimmer sind moderne Büros. Arbeitsplätze für Lehrer, auch PCs, sind selbst-

verständlich. Lehrer kommen nicht nur in die Schule, um ihre Stunden zu geben.

Sven Olsen, der Leiter von EUC SYD, schätzt, dass in seiner Schule 15 bis 20 Prozent des Etats für die Entwicklung von Methoden und Inhalten sowie für Lehrerbildung und für Innovationen im Schulmilieu ausgegeben werden. Schulleiter Torben Jessen in Apenrade nimmt für seine Schule inzwischen 20 Prozent des Etats auf dem freien Bildungsmarkt ein. Die Schule macht Angebote an Erwachsene, für Arbeitslose und konzipiert Maßgeschneidertes für Betriebe. Wenn Jessen die Einnahmen aus öffentlich ausgeschriebenen, staatlichen Töpfen, um die viele Schulen konkurrieren, hinzurechnet, dann kommt er inzwischen auf 40 Prozent des Etats, den sich die Schule selbst verdient. Den Rest erhält sie für Lehrlinge in der klassischen beruflichen Bildung vom Kultusministerium. "Plötzlich waren wir 1991 im Wettbewerb und haben mit anderen Schulen konkurriert", erinnert sich Jessen. "Aber bald haben wir herausgefunden, dass wir keine Konkurrenten sind, sondern Kollegen." Mit Berufsschulen aus entfernteren Städten gelinge die Kooperation allerdings noch besser.

Im Zentrum dänischer Berufsschulen stehen Werkstätten und Labors, nicht die Klassenzimmer. Schule und Arbeit im Betrieb wechseln in langen Wellen. In den meisten Berufen beginnt die Ausbildung mit einem Block von 20 Wochen in der Schule. Dann folgt ein halbes Jahr im Betrieb. Eine Besonderheit des dänischen Systems ist seine Flexibilität. Wer keine Stelle in einem Betrieb gefunden hat, kann seine Ausbildung komplett in der Schule absolvieren, darf allerdings jederzeit von der rein schulischen Ausbildung in eine Lehre wechseln. Zu den wenigen, aber klaren Aussagen des Gesetzes gehört, dass die Schulen für die berufliche Ausbildung der Jugendlichen verantwortlich sind. Sie sind die letzte Instanz, die Ausbildung zu sichern. Sie helfen auch bei der Stellensuche. Das erspart Dänemark den Dschungel von all den "Maßnahmen" für arbeitslose Jugendliche, die hierzulande oft mehr den privaten Trägern nützen als den Jugendlichen.

[...] Ein Auszubildender verbringt im Normalfall auch in Dänemark die meiste Zeit im Betrieb. In der Schule lernen Auszubildende vor allem zu lernen. Das setzt lernfähige Lehrer voraus. "Vor 10 Jahren haben wir Lehrer eine kleine Revolution gemacht", erinnert sich Torben Krogh, der in Sonderburg Elektrotechnik unterrichtet. "Wir haben uns zusammengesetzt und gefragt, wann unsere Schüler am besten lernen, und vor allem, wann wir selbst am besten gelernt haben und wann nicht. Die Schüler", sagt Torben Krogh und verbessert sich, "wir sagen jetzt Studenten, denn sie lernen nicht wie früher, sie studieren - die Studenten lernen am wenigsten, wenn sie nur zuhören." Das sei immer schon so gewesen, aber die heutigen hätten so viel im Kopf, sie "denken wie Parallelrechner und beschäftigen sich nicht nur mit einer Sache". In Deutschland werden solche Beobachtungen gewöhnlich als Konzentrationsschwäche und typische Ausfälle der Mediengeneration verbucht.

In Dänemark ist die Jugendkultur selbst im Ministerium

ein Thema. Roland Osterlund, der für berufliche Bildung zuständige Direktor, sieht die Schule sogar als "Koppelung von Jugendkultur und Arbeitswelt". Denn zwischen beiden seien die Ähnlichkeiten viel größer als die mit der alten Schule, von der Osterlund sagt, dass "sie lange nicht nur wie eine Fabrik aussah, sondern auch eine war". Jugendliche wehrten sich "gegen Befehle, und die Wirtschaft schafft flache Hierarchien". Jugendkultur passe besser zur modernen Wirtschaft als zum Pastoralkommando der alten Schule. Osterlund ist einer der guten Geister der dänischen Berufsbildungsreform. Sein Hauptthema ist das Lernmilieu. "Wenn die Atmosphäre stimmt, passiert der Rest fast von allein." Vor fünf Jahren hatte er eine Kampagne für anregende Lernmilieus initiiert. Damals beklagte er sich in einem Vortrag: "Nun befasse ich mich schon seit 20 Jahren mit Berufsschulen und habe in noch keiner ein Klavier gesehen." Wenn er in Schulen kommt, fragt er seitdem: "Wo steht das Klavier?", und meistens kann ihm eines gezeigt werden.

In diesem Jahr wurde vom Parlament eine weitere Neuerung in der Berufsbildung beschlossen. Vom Jahr 2001 an werden Klassen schrittweise abgeschafft. Sie werden durch Lernmodule ersetzt, die sich die Auszubildenden weitgehend selbst zusammenstellen. Die Module werden als Bausteine in Bildungsgängen und zugleich als Schnittstellen zwischen den Fächern konzipiert. In manchen Modulen berühren sich die Themen der Grafiker mit denen der Gärtner, in anderen mit denen der Maschinenbauer.

Ein großer Marktplatz ist das Herz der Schule. Ein Teil der Schule wird überall zum OLC, zum Open Learning Center, umgebaut. In Hallen entstehen Lernlandschaften mit zum Teil mehr als 200 Computerterminals, an denen Grafiker neben Maschinenbauern, Auszubildende aus den Grundkursen neben Teilnehmern aus der fachhochschulähnlichen Technikkademie sitzen, um sich, wann immer es sich ergibt, informell auszutauschen und neugierig aufeinander zu werden. Gewiss, sie lernen und arbeiten nicht den ganzen Tag im OLC. Es wird in der Schule andere Orte geben: Ecken, Nischen, Labors, Vortragsräume und auch noch ein paar Klassenräume. Aber das OLC soll das Herz sein, der große Marktplatz für Kontakte, für den Dialog zwischen den Fächern und Anregungen. Der Platz für Kopplungen per Internet mit der Außenwelt und zugleich ein ruhiger, ganz unvirtueller Ort. Diese offene Architektur des Lernens ist derzeit ein Hauptthema der fortlaufenden dänischen Berufsbildungsreform.

Das Motto für die nächste Reformphase heißt: "Vom Unterrichten zum Lernen". Und das gilt für die Schule selbst und vor allem für die Lehrer. Viele Berufsschullehrer kommen nicht von der Hochschule, sondern aus dem Beruf. In den ersten beiden Lehrerjahren müssen sie eine pädagogische Zusatzausbildung abschließen. Für Schulleiter Torben Jessen sind das die besseren Lehrer. "Leute mit Biografie, Leute, die Praxis studiert haben, die nicht nur in Hörsälen, sondern an sich selbst gelernt haben." Das sei vielleicht seine wichtigste Entdeckung der vergangenen Jahre: "Wirkliches Lernen heißt, an seiner Biografie zu arbeiten."

(Kabl, Reinhard: *Lehrer als Unternehmer. In: Die Zeit 1999. Nr. 39.*)

Arbeitsaufträge

1. Warum werden in den Berufsschulen Kunstwerke ausgestellt?
2. Was sind "weiche Kompetenzen", und warum sind sie heute so wichtig?
3. Nennt kurz die Erfolge des dänischen Bildungssystems.
4. Wie finanzieren sich die Berufsschulen?
5. Wie sind die Berufsschulen organisiert, welche Rolle spielt das dänische Kultusministerium?
6. Was ist ein OCL?
7. Kommentiert die These: "Wirkliches Lernen heißt, an seiner Biographie zu arbeiten".